Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

62 (1.8.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang — Karlsruhe, Donnerstag, 1. August 1946 — Nummer 62

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

„Meinungsverschiedenheiten niemals endgültig"

Der zweite Tag der Pariser Konferenz — Ein neues Kapitel europäischer Geschichte — Zusammenarbeit für befriedigende Lösung

Paris, 31. Juli. (DANA) Der zweite Tag der Pariser Friedenskonferenz begann mit der ersten Sitzung des Verfahrensausschusses. Der Ausschuß nahm einstimmig den von Molotow unterstützten Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes an, daß sowohl die Vollsitzung der Konferenz, als auch die Sitzungen des Verfahrensausschusses der Presse zugänglich sein sollen. Mit 13 gegen 7 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, wurde nach längerer Debatte der belgische Außenminister Paul Henri Spaak zum Vorsitzenden des Verfahrensausschusses und der stellv. jugoslawische Ministerpräsident Edward Kardel zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die Ansprache Byrnes

Außenminister Byrnes ergriff als Erster das Wort und sagte u. a., nach dem ersten Weltkriege hätten die Schwierigkeiten der Alliierten den Willen zur Zusammenarbeit und zur Aufrechterhaltung des Friedens geschwächt und zunichte gemacht, dies dürfe nicht wieder geschehen. „Wir müssen", so fuhr Byrnes fort, „versuchen, uns gegenseitig zu verstehen, auch wenn wir nicht miteinander übereinstimmen können. Wir dürfen Meinungsverschiedenheiten niemals als endgültig betrachten, sondern wir müssen solange zusammenarbeiten, bis wir eine befriedigende Lösung gefunden haben."

„Die Ver. Staaten werden zu den vom Rat der Außenminister getroffenen Uebereinstimmungen stehen. Wenn die Friedenskonferenz jedoch mit Zweidrittel-Mehrheit gegensätzliche Vorschläge unterbreitet, werden sich die Ver. Staaten dafür einsetzen, daß diese Vorschläge durch den Rat der Außenminister angenommen werden. Ich hoffe, daß die einzelnen Delegierten frei die Meinung ihrer Staaten zum Ausdruck bringen werden. Keine Nation, ob klein oder groß, kann der Meinung der Welt gleichgültig gegenüberstehen".

Die Ausführungen Attlees

Anschließend erhob sich Premierminister Attlee und erklärte: „Wir versuchen einen Anfang mit der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Völkern zu machen. Wir bemühen uns, ein neues Kapitel der europäischen Geschichte zu eröffnen. Wir müssen es uns als Ziel vor Augen halten, von den Gemütern der Menschen die drückende Furcht vor einem neuen Kriege zu nehmen". Attlee ermahnte die Delegierten, daß die Kräfte der öffentlichen Meinung am Werke sind, und daß sie diese nicht ignorieren könnten, ebensowenig wie irgend eine Nation oder ein Herrscher dies könne. Der Bazillus des Nazismus sei immer noch in der Welt und müsse ausgetilgt werden.

Als letzter Sprecher ergriff der chinesische Außenminister Wang Chi-Chie das Wort. Um die Friedensverhandlungen zu einem Erfolg zu führen, müßten sich die Siegermächte streng an ihre Ziele und an die während des Krieges proklamierten Grundsätze halten. Die Friedensbedingungen dürften die demokratische Entwicklung in den besiegten Ländern nicht hemmen. Ferner schlug der chinesische Delegierte vor, man solle einigen der italienischen Kolonien sofort ihre Unabhängigkeit geben oder sie für eine bestimmte Anzahl von Jahren unter die Treuhänderschaft der Vereinten Nationen stellen. Wang Chi-Chie ersuchte die Konferenz, sie möge versuchen, die Kompromißlösung in territorialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen der Friedensvertragsentwürfe zu verbessern.

Molotow nicht anwesend

Der sowjetische Außenminister Molotow war bei der Dienstagnachmittag-Sitzung nicht anwesend. An seiner Stelle nahm der Stellvertretende Außenminister Wyschinsky an der Sitzung teil, die sich nach einstündiger Dauer auf Mittwochnachmittag, 17 Uhr, vertagte.

In der Mittwoch-Sitzung wird als erster Redner Außenminister Molotow sprechen, im folgenden der australische Außenminister Dr. Herbert Evatt, der brasilianische Außenminister Neves da Fontoura und der Leiter der weißrussischen Delegation, K. V. Kisselow.

Die Friedensvertragsentwürfe

Die am Dienstagabend veröffentlichten 5 Friedensvertragsentwürfe stellen die grundlegenden Dokumente der Pariser Friedenskonferenz dar. Sie sind das Ergebnis einjähriger Arbeit der Außenminister der vier Großmächte in dem Versuch, durch gemeinsame Uebereinstimmung eine gerechte Friedensregelung für Italien und die vier anderen Staaten zu erreichen, die an der Seite Hitlerdeutschlands kämpften.

Die Außenminister der vier Großmächte legen die fünf Entwürfe nun der Konferenz der 21 Nationen vor, die diese nach eingehender Erörterung dem Außenministerrat zur endgültigen Unterzeichnung zurückgeben werden.

Die Konferenz der 21 Nationen wird sich mit den Entwürfen in ihrer Gesamtheit befassen. Jeder Delegierte hat jedoch das Recht, Einwände gegen eine bestimmte Klausel vorzubringen oder Abänderungsvorschläge zu machen, gleichgültig ob die „Großen Vier" sich bereits darüber geeinigt haben, oder ob ihr Inhalt noch strittig ist. Naturgemäß richtet sich die Hauptaufmerksamkeit auf jene Klauseln, über die noch keine Uebereinstimmung erzielt wurde.

Die wichtigsten dieser offenstehenden Punkte sind:

1. Die Klauseln zur Donaufrage in den Entwürfen für die drei Balkanstaaten. Die Sowjetunion vertritt hierbei die Auffassung, daß das Donauproblem nicht in den Friedensverträgen geregelt werden kann, sondern von den Donauanliegerstaaten selbst gelöst werden muß. Sie widersetzt sich daher einer Einbeziehung bestimmter Klauseln zur Donaufrage in die Balkanverträge. Die Ver. Staaten und Großbritannien andererseits versuchen gemeinsam den betreffenden Verträgen Bestimmungen beizufügen, durch die allen Nationen das Schiffahrtsrecht auf der Donau und ihren schiffbaren Nebenflüssen garantiert wird.

2. Die wirtschaftlichen Klauseln der Balkanverträge. Die Ver. Staaten bestehen hier auf der Einfügung von Bestimmungen, die den alliierten Nationen entsprechende Entschädigung für ihre in Rumänien, Bulgarien und Ungarn erlittenen Eigentumsverluste zusichern sollen. Der amerikanische Vorschlag wird von Großbritannien und Frankreich unterstützt. Die Sowjetunion dagegen wünscht, daß die in Frage kommenden alliierten Staaten nur mit einem Drittel des tatsächlichen Verlustwertes entschädigt werden sollen. Diese Ansicht wird von sowjetischer Seite mit dem Hinweis begründet, daß die ehemaligen Feindstaaten nach dem jeweiligen Abschluß des Waffenstillstandes mit den Alliierten selbst erhebliche Verluste im Verlauf ihrer militärischen Operationen gegen Deutschland erlitten haben.

3. Die Klauseln im italienischen Friedensvertragsentwurf über die Festlegung der neuen

Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes (DANA-Bild)

Grenzen Italiens. Die Ver. Staaten haben neuerdings einen ins Einzelne gehenden Plan für die künftige italienisch-jugoslawische Grenzlinie sowie für die Grenze der Triester Zone eingebracht. Eine Diskussion über diese amerikanischen Vorschläge hat noch nicht stattgefunden.

4. Die Klauseln des italienischen Vertragsentwurfs über die Frage des alliierten Eigentums in Italien. Auch hier tritt Amerika für die Einfügung entsprechender Entschädigungs-Bestimmungen ein. Die Sowjetunion widersetzt sich diesem Antrag mit der Gleichbegründung wie im Falle Balkanstaaten und befürwortet nur eine Eindrittelwiedergutmachung in italienischer Währung.

5. Eine Klausel, die als Grundlage zur Beilegung irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten dienen könnte, die sich möglicherweise aus der Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des italien. Friedensvertragsentwurfs ergeben könnten.

Wirtschaftliche Vereinigung der britischen u. US-Zone

Vier-Zonen-Einheit das Endziel — Deutschland braucht Unterstützung — Der russische Standpunkt

Berlin, 31. Juli (DANA). Luftmarschall Sir Sholto Douglas gab in der Sitzung des alliierten Kontrollrats am 30. Juli die Zustimmung der britischen Regierung zum Vorschlag General Mc Narneys zur wirtschaftlichen Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszonen Deutschlands bekannt. Der sowjetische Vertreter im alliierten Kontrollrat, Sokolowsky, erklärte darauf, die Sowjetunion betrachte den anglo-amerikanischen Plan als unkluge Maßnahme, durch die Deutschland getrennt statt geeint würde. Er schlug vor, daß eine Viermächte-Untersuchungskommission die ganze Frage prüfen und besonderen Nachdruck auf Schaffung von Erleichterungen für den interzonalen Handel, Transport und Reisen legen solle.

„Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands wird nur eine Angelegenheit von Wochen sein, wenn die bereits ausgearbeiteten Vereinbarungen endgültig angenommen werden", erklärte ein hoher britischer Offizier am 30. Juli in einer der Kontrollrats-Sitzung folgenden Besprechung. Die Wirtschaftseinheit werde den Interzonenhandel nicht beeinträchtigen, sondern den Ver. Staaten und Großbritannien lediglich den Nutzen eines gemeinsamen Vorgehens in Handelsfragen verschaffen.

Als Ergebnis dieser Vereinheitlichung würden binnen kurzem etwas mehr Kohle für die amerikanische Besatzungzone und etwas mehr Nahrungsmittel für die britische Besatzungszone verfügbar sein. Dabei könnten die Nahrungsmittelrationen in beiden Zonen eventuell auf gleicher Höhe gehalten werden. Die Sowjetunion, fügte er hinzu, werde wahrscheinlich keinen „wirklichen Schritt" in Richtung auf die Verwirklichung einer Zentralverwaltung Deutschlands tun, solange sie nicht wisse, was mit dem Rheinland und der Ruhr geschehe, denn sie habe außerordentliche Bedenken hinsichtlich der endgültigen Verfügung über das Ruhrgebiet.

Die britische Erklärung bedeute

1. Unumschränkte Annahme des amerikanischen Vorschlages seitens Großbritanniens, die beiden Zonen wirtschaftlich zu vereinheitlichen,

2. daß keineswegs an eine Zersplitterung Deutschlands gedacht werde, sondern vielmehr die Türen und Tore weit offen bleiben, um Frankreich und Rußland die Möglichkeit zu geben, sich an dem Plane zu beteiligen, wenn auch sie dazu bereit sind,

3. daß dieser erste wirtschaftliche Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone nur der Ausgangspunkt für die Vereinheitlichung aller vier Zonen ist, also der Wirtschaftseinheit Deutschlands.

Freier Güteraustausch bezweckt

Washington, 31. Juli (DANA). „Wir hoffen, daß durch die geplante Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungszone ein freier Güteraustausch über die Zonengrenze hinweg möglich wird", erklärte der Staatssekretär für Besatzungsangelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, John Hilldring, auf einer Pressekonferenz. Man hoffe, daß Transportwesen und Verwaltung beider Zonen als eine Einheit behandelt werden könnten. Die Ver. Staaten wollten jedoch keineswegs den Versuch machen, in irgendeiner Form eine provisorische Regierung aufzustellen. Der Sitz des Oberkommandos der amerikanischen Militärregierung werde daher auch in Zukunft in Berlin bleiben.

Die Idee der Zoneneinheit sei nicht neu, führte Hilldring weiter aus, sie gehe auf das Potsdamer Abkommen zurück, in dem sich sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion grundsätzlich mit diesem Plan einverstanden erklärt hätten. Die Schwierigkeiten lägen nur in den Meinungsverschiedenheiten über die Frage, wann und unter welchen Umständen eine deutsche Regierung eingesetzt werden sollte. Weder eine Zusammenlegung von zwei noch eine Einheit mehrerer Zonen könne jedoch die Notwendigkeit aus der Welt schaffen, daß Deutschland Unterstützung von außen brauche. Je mehr Staaten sich aber hierzu zusammen schlössen, desto geringer würden die Kosten für den einzelnen Steuerzahler in diesen Ländern werden. Gegenwärtig schätze er die amerikanische Besatzungskosten in Deutschland auf rund 200 Millionen Dollar jährlich, wovon der größte Teil für Lebensmittelimporte aufgewendet werden müßte.

Zur Ernährungsfrage erklärte Hilldring, daß weder in der amerikanischen noch in der britischen Zone der im Vorjahr festgesetzte Stand von 1550 Kalorien täglich erreicht werde. Dennoch sei die amerikanische Zone ernährungsmäßig günstiger gestellt als die englische.

Der Zusammenschluß der britischen mit der amerikanischen Zone würde nach Ansicht des britischen Innenministers für beide Partner große Vorteile mit sich bringen. Die britische Zone sei reicher an Kohlen und die amerikanische reicher an Lebensmitteln. Auf diese Weise würden sich beide ergänzen.

In Beantwortung verschiedener Anfragen, die im Verlauf der Unterhaus-Debatte gestellt worden waren, ging Minister Hynd auf die Versorgungslage in der britischen Zone ein und wies auf die Verkettung der Probleme Lebensmittelknappheit, Kohlenförderung und Produktionssteigerung hin. Nur auf Grund der Washingtoner Verhandlungen des britischen Lordpräsidenten Herbert Morrison, hätten mit amerikanischer Unterstützung die derzeitigen — obwohl immer noch unzureichenden — Lebensmittelrationen aufrecht erhalten werden können. Minister Hynd erklärte abschließend zu dieser Frage, es müßten mehr Lebensmittel in die britische Zone eingeführt werden, doch könne Großbritannien allein nicht die Verantwortung für die dortige augenblickliche Lage übernehmen. Zu den Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der britischen Besatzungszone trete das Problem der Unterbringung der großen Anzahl Ausgewiesener aus Polen.

Die Auswirkungen der Vereinigung

Als Folge der Vereinheitlichung werden amerikanische und britische Zonenbehörden sofort Verhandlungen über Vereinbarungen in den Hauptfragen — Industrie, Handel, Gewerbe und Finanzen — aufnehmen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen werden später behandelt und ebenfalls Gegenstand von Vereinbarungen bilden. Schließlich werden auch die Probleme des Transports und der Verkehrstechnik besprochen werden.

Der Länderrat wird Mitglieder für einen deutschen gemeinsamen Wirtschaftsausschuß aus der amerikanischen Zone ernennen und Verwaltungsämter zur Erzielung der wirtschaftlichen Einheit einsetzen, die sowohl dem Länderrat wie den Zonenbehörden gegenüber verantwortlich sind. Durch Errichtung solcher Verwaltungsämter werde die deutsche politische Struktur nicht zerstört. Man werde ihr nicht Amtsstellen ohne Verantwortlichkeit aufzwingen. Die Verwaltungsämter werden nicht in irgendeiner Stadt errichtet, sondern können je nach der Bedeutung des entsprechenden Wirtschaftsgebietes an geeigneter Stelle eingesetzt werden. So könne zum Beispiel Stuttgart das Hauptquartier beider Zonen für Transportfragen bilden.

Der französische Vertreter, General Joseph Pierre König, betonte lediglich, daß er nicht in der Lage sei, eine Erklärung abzugeben, da er von seiner Regierung keine Anweisung erhalten habe.

Die Arbeit der Spruchkammern

Entnazifizierung Gebot staatspolitischer Notwendigkeit

Ausführungen von Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier anläßlich der Eröffnung der Spruchkammer in Stuttgart am 29. Juli 1946 entnehmen wir folgendes:

Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 stellt den Staatssekretär für Sonderaufgaben vor eine organisatorische Aufgabe größten Ausmaßes. Die Bewältigung der Denazifikation ist nach der sachlichen Seite hin garantiert, sobald ihre Organisation auf die Füße gestellt ist. Ueberall im Lande sehen wir die Fortschritte und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die organisatorische Vorfrage ihrer Lösung zustrebt und daß die Verfahren nunmehr in Bälde in einem breiten Bett dahinfließen werden und sich eine Entspannung in weiten Bevölkerungskreisen fühlbar machen wird. Wir begrüßen die umfassenden Erleichterungen für die Jugend. Demokratie wird in Deutschland mit der Jugend sein oder sie wird nicht sein. Wir geben Deutschland eine Chance, wenn wir der Jugend eine Chance und eine Hoffnung geben.

Es ist die Absicht und der bewußte Zweck des Gesetzes, die Unschuldigen und die weniger Schuldigen aus ihrer heutigen Verstrickung herauszuführen und sie dem neu zu bildenden demokratischen Staatswesen unverzüglich oder nach einer gewissen Uebergangszeit als vollwertige Glieder einzureihen. Der Nationalsozialismus lehnte ein solches Verfahren ab. Wer verfemt war, blieb verfemt. Wir führen keinen Rachefeldzug. Wir vergelten nicht Böses mit Bösem und handeln heute nicht im Gedenken an uns selbst hundertfältig zugefügter Unbill. Die Durchführung des Gesetzes ist für uns vielmehr ein Gebot staatspolitischer Notwendigkeit. Gerade die Hauptverantwortlichen mögen sich darüber klar sein, was es für sie bedeutet, daß wir nicht die Schleußen unbarmherziger, unmittelbarer persönlicher Abrechnung geöffnet haben, sondern daß der Staat mit ihnen abrechnet, streng, aber gerecht im Rahmen eines den Garantien eines Rechtsstaates unterstellten Verfahrens.

Wir verfolgen die feste Absicht, das in der Region des Länderrats, also ausschließlich in der Regierungssphäre entstandene Gesetz populär zu machen, volkstümlich nicht in dem Sinn, daß etwa die Spruchkammern nach dem Beifall von Befürwortern oder Gegnern des Gesetzes schielen. Die Spruchkammern werden vielmehr durch Festigkeit, durch Vorurteilslosigkeit, durch Ablehnung aller Beeinflussungsversuche in kurzer Zeit die Autorität in der Oeffentlichkeit gewinnen und damit dieses Gesetz im Volk selbst verankern. Es muß gelingen, über die willkommene Mitwirkung aller politischen Parteien hinaus das ganze Volk hinter dieses Gesetz zu bringen. Nur über dieses Gesetz gibt es einen Weg für uns, Deutschland in den Kreis der gesitteten Völker zurückzuführen zum Frieden mit der Welt und unter uns selbst zurückzugelangen und Schritt für Schritt des höchsten Guts eines Volkes, nämlich der inneren und äußeren Freiheit wieder teilhaftig zu werden.

Erhöhung der Industriekapazität

Der englische Staatsminister Hynd vor dem Unterhaus

London, 31. Juli (DANA). Die im März festgesetzte Kapazität der deutschen Industrie innerhalb der britischen Zone wird jetzt heraufgesetzt werden, erklärte der britische Staatsminister für die besetzten Gebiete in Deutschland und Oesterreich, Hynd, am 29. Juli im englischen Unterhaus. Hynds Erklärung stand im Zusammenhang mit dem Bericht des britischen Staatsministers Noel Baker über die wirtschaftliche Vereinigung von zweier oder mehrerer Besatzungszonen in Deutschland.

Minister Hynd führte aus, daß Großbritannien der im März dieses Jahres festgesetzten Industriekapazität nur unter gewissen Bedingungen zugestimmt habe, deren wichtigste die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit war. Da diese bisher nicht hergestellt worden sei, müßten jetzt in der britischen Zone oder in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zone und womöglich auch in Verbindung mit den beiden anderen Besatzungszonen die erforderlichen Maßnahmen zu einer wirtschaftlichen Zusammenfassung getroffen werden.

Gegen Abbau lebenswichtiger Betriebe

Eingaben des Länderrats an die Militärregierung

Stuttgart, 31. Juli. (DANA) Zur Durchführung der Reparationsforderungen an Deutschland ist beabsichtigt, mehrere in der französischen Zone gelegenen Betriebe abzubauen, die für die Ernährung und für die gesundheitliche Fürsorge der Bevölkerung von großer Bedeutung sind. Wie der Länderratsausschuß für gewerbliche Wirtschaft mitteilt, wird von hier aus eine Eingabe an die amerikanische Militärregierung gerichtet werden mit der Bitte, mit der französischen Militärregierung Fühlung zu nehmen, um den beabsichtigten Abbau rückgängig zu machen.

Von der Pressestelle des Länderrats wird weiter mitgeteilt, daß an die amerikanische Militärregierung außerdem eine Eingabe gerichtet worden ist, welche die Rückgabe der den amerikanischen Truppen zur Zeit überlassenen Wohlfahrts- und Altersheime zum Gegenstand hat.

120 000 to Getreide für US-Zone

Washington, 31. Juli (DANA). Im August werden rund 1 100 000 Tonnen Getreide aus den Ver. Staaten verschifft werden, wie das amerikanische Landwirtschaftsministerium am Montag bekannt gab. Darunter befinden sich 581 000 Tonnen Weizen, 377 500 Tonnen Mehl und 42 500 Tonnen Hafer. Davon sind 175 000 Tonnen für Großbritannien und 120 000 Tonnen für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands bestimmt. Die UNRRA erhält eine Lieferung von 165 000 Tonnen. Wie das Landwirtschaftsministerium hinzufügt, werden die August-Verschiffungen einen größeren Anteil an Mehl umfassen, als in den vorausgegangenen Monaten, nämlich rund 40 Prozent im August gegenüber 29 Prozent im Juli und 26 Prozent im Juni.

Tag der USA-Luftstreitkräfte

Wiesbaden, 31. Juli (DANA). Der 1. August wird, nach Mitteilung von General I. H. Edwards, dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa, von den amerikanischen Streitkräften als Feiertag begangen werden. Der 1. August ist die 39. Wiederkehr des Tages, an dem das Flugzeug auch bei der amerikanischen Armee Verwendung fand.

Vojtech Tuka von Gericht

Preßburg (Tschechoslowakei), 31. Juli. (AP) Der 66jährige ehemalige slowakische Ministerpräsident Vojtech Tuka stand am 29. Juli unter der Anklage des Hochverrats vor dem tschechoslowakischen Nationalgericht. Tuka erklärte sich unschuldig im Sinne der Anklage, die auf der Bildung eines „unabhängigen" slowakischen Staates unter der Vormundschaft der deutschen Regierung während des Krieges begründet ist.

DANA funkt:

Aus aller Welt

London. Das britische Außenministerium gab bekannt, daß sich Außenminister Bevins Gesundheitszustand weiter bessere.

Moskau. Eine Delegation der britischen Arbeiterpartei, unter Leitung von Prof. Harold Laski ist am Dienstag in der sowjetischen Hauptstadt eingetroffen. (AP)

Athen. Offiziere und Mannschaften der griechischen Armee, Polizei und Gendarmerie, werden an dem Volksentscheid, der am 1. September stattfinden wird, teilnehmen können, wie amtlich bekanntgegeben wurde.

Jerusalem. Britisches Militär begann am 30. Juli in Tel Aviv mit der Durchführung einer Suchaktion nach den Urhebern des Attentats auf das „King David Hotel", 2 bis 3000 jüdische Männer und Frauen wurden festgenommen. Der britische Hohe Kommissar für Palästina, Sir Alan Cunningham, erklärte, es seien eindeutige Beweise vorhanden, daß ein Teil, wenn nicht alle Urheber des Attentats sich in Tel Aviv aufhalten.

Bombay. Der Arbeitsausschuß der Moslemliga forderte alle Moslems in Indien auf, den 16. Aug. als den „Tag der Aktion" zu feiern. An diesem Tage sollen alle Geschäfte geschlossen und Demonstrationen gegen die Vorschläge der britischen Kabinettsmission über die künftige indische Verfassung veranstaltet werden.

Singapore. Neun weitere Kriegsverbrecher wurden am Dienstag im Changi-Gefängnis in Singapore erhängt. Unter ihnen befanden sich zwei japanische Offiziere, die für die furchtbarsten Grausamkeiten an er Burma-Siam-Bahnstrecke verantwortlich sind. (AP)

Letzte Neuigkeiten

Für Frieden und Sicherheit Europas

Paris, 1. August (DANA). Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte in Paris auf der dritten Vollsitzung des Friedenskongresses, die Konferenz der 21 Nationen habe die Aufgabe, einen wichtigen Beitrag zur Aufrichtung des Friedens und der Sicherheit in Europa zu leisten. „Wir sind hier", sagte Molotow, „um über die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu beraten. Es handelt sich daher in Wirklichkeit nicht um eine, sondern um fünf Friedenskonferenzen. Dies unterstreicht die Bedeutung und die Fülle der vor uns liegenden Arbeit. Es geht um die fünf Länder, die als Verbündete Deutschlands in den Krieg eintraten und an der Seite Hitler-Deutschlands am Krieg teilnahmen. Im weiteren Verlauf des Krieges haben diese Länder dann die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, ihre faschistischen Regierungen gestürzt und zusammen mit den demokratischen Nationen den Krieg zur Niederringung Deutschlands fortgesetzt."

London, 1. August. (DANA) Der anglo-amerikanische Sachverständigenausschuß für Palästina, der in London tagt, hat die Aufgliederung Palästinas in vier Gebiete, darunter eine jüdische und eine arabische Provinz, vorgeschlagen. Die einzelnen Provinzen sollen einer Zentralregierung unterstehen, jedoch weitgehend autonom sein. Dies wurde gestern in beiden Häusern des britischen Parlaments bekanntgegeben, wo Debatten über die Palästina-Frage stattfanden.

Berliner SPD für modifiziertes Verhältniswahlsystem

Berlin, 31. Juli (DANA). Für eine Beibehaltung des Verhältniswahlrechts in modifizierter Form spricht sich eine Entschließung aus, die der Parteiausschuß der Berliner SPD auf seiner letzten Tagung faßte. Das Wahlverfahren, so wird in der Entschließung betont, soll ein möglichst getreues Bild der politischen Kräfte des Volkes geben, muß aber gleichzeitig die Bildung klarer und arbeitsfähiger Mehrheiten im Parlament ermöglichen. Außerdem soll das Problem der politischen Führerauslese durch das Wahlverfahren gelöst werden. Im einzelnen umfaßt der Vorschlag der Berliner SPD folgende Punkte: 1. Aeußerste Verkleinerung der Wahlkreise. 2. Verbandswahlvorschläge nur in Wahlkreisverbänden, dagegen nicht im Gesamtwahlgebiet. 3. Ausschaltung aller Parteien die nicht wenigstens zehn Prozent der Stimmen erhalten. 4. Beschränkung des Rechtes der Kandidatenaufstellung auf die anerkannten politischen Parteien. 5. Gesetzliche Festlegung der Kandidatenaufstellung durch Urwahlen innerhalb der Parteien.

Tagung der Jungsozialisten in der SPD

Am 27. und 28. Juli 1946 fand im Loher Moos bei Nürnberg eine Konferenz von Vertretern aller Zonen der Jungsozialisten in der SPD statt. Vom Parteivorstand der SPD waren erschienen: der 2. Vorsitzende, Erich Ollenhauer, der frühere Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugendbewegung vor 1933 und Emil Groß, Bielefeld, der das grundlegende Referat über die Arbeit der Jungsozialisten hielt.

Nach eingehender Aussprache wurde ein zentraler Arbeitsausschuß aus Vertretern aller deutschen Besatzungszonen gewählt. Die Tagung stand unter dem Leitsatz der Aktivierung der Gesamtpartei und des stärksten Einsatzes aller jungen Kräfte in der Sozialdemokratie. Der Leitspruch, der durch die ganze Tagung ging, war: „Der Sozialismus ist die Gegenwartsaufgabe." (Spd)

Slowakischer Judenverräter gehängt

Bratislava (Preßburg), 31. Juli (DANA). Dr. Antoni Vasek, Leiter der jüdischen Angelegenheiten im slowakischen Innenministerium während der Nazizeit, der vor kurzem zum Tode verurteilt worden war, ist am Dienstag gehängt worden. Vasek hatte Tausende von Juden, Frauen und Kinder, in Konzentrationslager verschleppen lassen, Schriften zur Judenfrage veröffentlicht und die Zusammenarbeit mit den Deutschen vertreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Pflicht zur Solidarität

Von Wilhelm Baur

In der Sonnenhitze unserer Tage schneidet auf den Fluren der Heimat der deutsche Bauer Weizen und Korn, das tägliche Brot für unser Volk. Es könnte eine Rekordernte sein wie sie wollte, und doch wäre es für die nahezu 3½ Millionen Menschen Nordbadens zu wenig zum Leben und zu wenig sogar zum Vegetieren. In einer lapidaren Erklärung hat Ministerpräsident Maier eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß unsere Ernte höchstens 50 Prozent des dringendsten Bedarfs decken könne, woraus das Weitere zu schließen ist, daß nämlich unsere gegenwärtigen Hungerrationen noch zu groß und die Flächen der mageren und ausgemergelten Böden zu klein sind, um alle hungrigen Mägen zu sättigen. Ein noch stärkeres Hungern wie bisher wäre unausbleiblich, wenn die Amerikaner, denen Hitler nach dem probaten Rezept der wilhelminischen Aera „Viel Feind, viel Ehr" den Kampf angesagt hatte, uns mit zusätzlichen Lieferungen nicht zu Hilfe kämen. Das ist nur eines der trostlosen Bilder aus der Konkursmasse, eine wahrhaft überzeugende Illustration vom Endergebnis einer Politik, die die wirtschaftliche Abschließung gegen das Ausland mit einem den politischen Hysterikern eigenen Fanatismus als der wirtschaftlichen Weisheit letzter Schluß praktisch bis zur Endkonsequenz durchgeführt hat. Das Resultat davon läßt an Fühlbarkeit nichts mehr zu wünschen übrig und würde auf ein weniger unpolitisches Volk wie das der Deutschen geradezu aufrüttelnd wirken.

Die Ernte könnte besser sein, und das käme uns allen zugute. Aber die Bauern hatten keinen Kunstdünger. In diesem empfindlichen Punkt unserer Wirtschaft wird das Aufeinander-Angewiesensein von Arbeiterschaft und Bauernschaft für alle Menschen sichtbar. Ohne Kohle kein Kunstdünger, ohne Kunstdünger keine Produktionssteigerung der Landwirtschaft und ohne Produktionssteigerung eben Hunger für die, die nicht erzeugen und nicht tauschen können. Das ist ein Kreis, der sich auf diesem Gebiet ganz logisch schließt und an den sich andere Kreise ebenso logisch anreihen ließen. Für den, der klar sieht, kann es also nur eine Einheitlichkeit und Gemeinschaft, ein wahrhaftes Füreinander und niemals ein Gegeneinander im Sinne eines Klassenkampfes geben. Freilich dürfen die gegenseitigen Beziehungen nicht in einer überdimensionalen Ungleichheit auslaufen, nämlich so, wie es heute der Fall ist, daß sich der eine vollkommen sättigt und mit allem Notwendigen versehen kann, während der andere wohl den Willen zur Arbeit hat, aber mit seiner durch Hunger dezimierten Arbeitskraft nur noch eine recht unvollkommene Leistung vollbringt.

Dazu kommt die Sache mit dem Geld, ein trauriges Kapitel, das alle berührt. Die Nazis ließen es in unabsehbaren Mengen drucken und legten dazu die Bedarfsgütererzeugung zugunsten der Rüstungsproduktion nach dem Motto „Kanonen statt Butter" in großem Umfang lahm. Geld muß man wohl haben, um wenigstens die kontingentierten Waren zu kaufen, aber darüber hinaus ist seine Kaufkraft durch manches gefährdet.

So breitet sich abseits vom normalen Markt ein üppiger Tauschhandel mit allen möglichen Gütern des täglichen Bedarfs aus, an dem sich ohne Gewissen und Bedenken Teile all der mit Tauschgütern gesegneten Berufsstände lukrativ beteiligen. Der allein seligmachende Egoismus feiert Triumphe, und es hat den Anschein, als ob das für alle Menschen geltende Sittengesetz im Bereich der Wirtschaft seine Gültigkeit eingebüßt hätte. Darunter tummeln sich auch rehabilitierte Nazis, denen es eine besondere Genugtuung bereitet, nicht nur gut zu leben, sondern dabei noch der verhaßten Demokratie schon bei ihrem Beginn Prestigeschwierigkeiten zu bereiten. Manche von ihnen haben sich gewandelt, denn die Dinge der Vergangenheit sind nicht ganz ohne Eindruck auf sie geblieben, aber ein Teil davon hat noch nicht eingesehen, daß der Geist, aus dem unsere Zeit lebt und sich vorwärts entwickelt, das Ideengut der Demokratie ist, das sich in allen Bereichen des menschlichen Daseins mit der Gewalt eines Naturereignisses durchsetzen wird. Das Ganze, was sich nun um uns herum abspielt, kann unter dem Begriff einer weitgehenden Demoralisierung zusammengefaßt werden. Der Krieg war noch nie ein Stahlbad, als das ihn die Militaristen immer so gerne darzustellen beliebten, und da die vergangene Staatsraison der Nazi in der Absicht, das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen nach Möglichkeit zu unterhöhlen, schon mächtig weit und erfolgreich vorgedrungen war, ist bei dem Zusammenwirken beider destruktiver Tendenzen der Umfang und die Tiefe des moralischen Verfalls unschwer zu begreifen.

In der Praxis wirkt sich das eben so aus, daß, wer Sachgüter zu tauschen hat, die Mangelwaren erhält und der andere, der über keine Tauschmöglichkeiten verfügt, als armer Schlucker am Rande nebenher läuft. Dabei sind sie es vielfach, die die werktätige Arbeit leisten. Daß der Ernährungssektor in einer solchen Lage vom Scheinwerferlicht des öffentlichen Mißtrauens ganz besonders beleuchtet wird, ist in der Natur der Sache gelegen und daß dabei erhebliche „schwarze" Flekken zum Vorschein kommen, lehren die täglichen Erfahrungen. Trotzdem muß man um der Gerechtigkeit willen davor warnen, in Verallgemeinerung zu verfallen, in die der Deutsche gern hineingerät, weil er, seit Jahren des Selbsturteils entwöhnt, nur allzu bereitwillig den auf dem öffentlichen Markt kursierenden Massenparolen erliegt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Landwirtschaft — Militärregierung und verantwortliche Minister haben dies ausdrücklich bestätigt — ist sich der schicksalmäßigen Verbundenheit und seiner ihm von Gott und seinem Beruf gestellten Aufgabe, das Volk zu ernähren, so gut es die bescheidenen Voraussetzungen erlauben, durchaus bewußt und erfüllt das ihm auferlegte Ablieferungssoll unter Abwehrung erheblicher Versuchungen.

Es darf über dem vielen Unrühmlichen auch jene rühmenswerte Leistung nicht vergessen werden, die die Bauernschaft im Jahr der Auflösung des deutschen Staates und der deutschen Wehrmacht durch die Versorgung von Millionen wandernder Flüchtlinge vollbrachte. Dieser in der Stille ausgeübte und von niemand ausdrücklich erwähnte Einsatz karitativen Geistes hat viel zur Linderung der menschlichen Not beigetragen. Wenn aber an die Leistungspflicht der Landwirtschaft ein besonders strenger Maßstab angelegt wird, so ist das durchaus gerecht, da Staatsautorität, Menschenleben und Gesundheit, die hier auf dem Spiele stehen, ungleich mehrwert sind als die Objekte des Schwarzmarktes, um die sich die Unredlichen so stark mühen. Wir wissen, daß es für unsere Bauern unmöglich ist, die Versorgung unseres Volkes total durchzuführen. Dafür haben schon früher die Voraussetzungen gefehlt und jetzt erst recht. Was aber mit aller Macht anzustreben ist, ist die Reinigung eines für den Aufbau unserer Gemeinschaft so wichtigen Standes wie der Landwirtschaft von jenen unsauberen Elementen, deren Treiben geeignet ist, den ganzen Beruf in Mißkredit zu bringen. Die Forderung nach einer sauberen Leistung unserer Landwirtschaft ist nicht unbillig. Der größte Teil unserer Bauern ist, abgesehen von den persönlichen Opfern, die sie durch den etwaigen Verlust von Familienangehörigen zu beklagen hatten, gut durch den Krieg hindurchgekommen, und darüber hinaus ist es nun einmal die Berufspflicht des Landmanns, die heimatliche Scholle im Interesse der Volksernährung möglichst stark zu kultivieren und die Erträgnisse seiner schweren Arbeit seinen Mitmenschen zur Verfügung zu stellen. Es darf aber wohl daran erinnert werden, daß, wenn der Landwirtschaft ein besonderes zusätzliches Opfer zugemutet werden würde, die deutsche Verbraucherschaft darauf schon eine gewaltige Vorschußleistung bezahlt hat.

Im Jahre 1879 ging Deutschland zum landwirtschaftlichen Zollschutz über, um der durch die billigere Konkurrenz der ausländischen Lebensmittel in ihrer Existenz bedrohten Bauernschaft die Möglichkeit der Rentabilität und damit der Erhaltung ihrer Betriebe zu geben. Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Beamte haben seit jener Zeit Milliarden und aber Milliarden in der Form erhöhter Lebensmittelpreise für den deutschen Bauern geopfert, und mit diesen Lasten das Weiterleben der bäuerlichen Existenzen auf der heimatlichen Scholle ermöglicht.

Die deutsche Verbraucherschaft hat sich dem deutschen Bauern, als er sich der Existenzvernichtung gegenübersah, nicht versagt. Sie kann in der jetzigen Zeit, ganz abgesehen von allen anderen Momenten, von der Landwirtschaft dieselbe Solidarität verlangen.

Feigheit niemals eine Entschuldigung

Dubost: „Nach unserem Dafürhalten den Tod verdient"

Nürnberg, 31. Juli. (DANA-Sonderberichterstatter Arno Kretschmer) „Die Angeklagten müssen der Bestrafung zugeführt werden. Bekannt sind die Gefahren, in die ihr Verbrechen die Welt gestürzt hat, bekannt der Jammer und das Unglück, das sie über die Menschen brachten. Sicherlich sind die Ausmaße der Schuld dem Grad nach verschieden. Folgt daraus, daß auch die Strafen ihrerseits verschieden sein müssen, wo doch selbst derjenige, der die geringste Schuld hat, nach unserem Dafürhalten den Tod verdient?"

Diese Frage richtete der stellv. Hauptankläger Frankreichs, Charles Dubost, an das Gericht, als er in der Montagvormittag-Sitzung sein Plädoyer gegen die 21 ehemaligen Führer des Nazi-Staates begann.

Einleitend ergriff zunächst der französische Hauptankläger, Champetier de Ribes, das Wort, um den entscheidenden Wert des Prozesses für die Geschichte festzustellen. „Die Bedeutung dieses Prozesses liegt vor allem in der historischen Wahrhaftigkeit", begann der französische Hauptankläger. „Dank ihm wird der Geschichtsschreiber der Zukunft und der Chronist der Gegenwart erfahren, wie das Werk einer zweitausendjährigen Kultur durch eine neue, grausamere und ausgeklügeltere Form antiker Barbarei beinahe vernichtet worden ist. Er wird hören, wie die Fortschritte der Technik, die modernen Propagandamittel und das teuflische Vorgehen von Polizeieinheiten einer Minderheit von Verbrechern erlaubten, innerhalb einiger Jahre das Gewissen eines ganzen Volkes zu schwächen und aus der Nation eines Goethe, Kant und Sebastian Bach die eines Hitler, Himmler und Goebbels zu machen".

Unter Verletzung der primitivsten Kriegsregeln sei von den Angeklagten das Geiselsystem wieder eingeführt worden, fuhr Champetier de Ribes fort, durch das allein in Frankreich 24 000 Geiseln ermordet wurden. Champetier de Ribes ging sodann mit kurzen Worten auf die übrigen Verbrechen ein, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, die Massenhinrichtung bei der Partisanenbekämpfung, die Vernichtung ganzer Dörfer, die zwangsweise Verschleppung von Arbeitern nach Deutschland, die Mißhandlung von Kriegsgefangenen, die Befehle zur Lynchjustiz gegen notgelandete Feindflieger und all die Taten, die im Interesse der Expansionspolitik begangen wurden.

Systematischer Mord

„Die methodische Ausrottung der Bevölkerung in den eroberten Ländern vollzog sich durch systematischen Mord", erklärte der französische Hauptankläger und verwies auf den Friedhof der Konzentrationslager, wo 15 Millionen Menschen umkamen, und auf die bewußte Aushungerung ganzer Gebiete. Die Beweisaufnahme habe gezeigt, daß die Angeklagten die Tatsache dieser Verbrechen nicht ableugnen, daß sie jedoch versuchten, sich gegenseitig die Verantwortung hierfür zuzuschreiben oder Tote damit zu belasten. Auch die Ausrede, sie hätten sich Hitler nicht widersetzen können, sei unrichtig; denn „Hitler konnte wohl über ihren Körper verfügen, jedoch nicht über ihren Willen. Sie hätten vielleicht, wenn sie seinem Willen nicht folgten, ihr Leben verwirkt, aber sie hätten zumindest ihre Ehre bewahrt. Feigheit ist niemals eine Entschuldigung oder gar ein mildernder Umstand gewesen. „Die Wahrheit ist, daß sie alle an der Lehre des Nationalsozialismus beteiligt waren und sein Streben nach Weltherrschaft genau kannten, daß sie sehr gut wußten, zu welchen ungeheuerlichen Verbrechen diese Lehre die Eingeweihten und Ausführenden hinriß, und daß sie die Verantwortung dafür genau so übernahmen, wie sie die materiellen und ideellen Vorteile, die ihnen reichlich dargeboten wurden, genossen".

Verbrecherische Politik

Hierauf trat der stellv. französische Hauptankläger Charles Dubost an das Rednerpult und verwies auf die in den europäischen Staaten üblichen Strafverfahren gegen Personen, die sich gemeiner Verbrechen wie Raub und Mord schuldig machten, Verbrechen, deren Anstifter die Männer auf der Anklagebank sind. Dubost stellte drei Leitsätze in den Vordergrund: 1. Die Taten der Angeklagten sind die Bestandteile eines verbrecherischen politischen Planes, 2. Gleichschaltung der verschiedenen Dienststellen, an deren Spitze diese Männer standen, schließt eine enge Zusammenarbeit bei der Verwirklichung ihrer verbrecherischen Politik in sich, 3. sie sollen für diese verbrecherische Politik gerichtet werden. „Ich weiß wohl", sagte Dubost, „daß der Schatten der Abwesenden über diesem Prozeß schwebt und die Angeklagten uns fortwährend daran erinnern: Hitler wollte . . ., Himmler wollte . . ., Bormann wollte . . ., aber es gibt wohl keinen Menschen, der Vorschlägen, Einflüsterungen und Einflüssen gegenüber vollkommen taub wäre, und Hitler entging diesem Gesetz genau so wenig, wie irgend ein anderer Mensch. Alles, was uns während dieses Prozesses von Machtkämpfen um Hitler berichtet wurde, zeugt unwiderruflich dafür, Gemeinheit und Verschlagenheit waren die Wegbereiter von Intrigen, die uns während gewisser Phasen dieses Prozesses an die kleinen Höfe der italienischen Renaissance erinnerten. Auch dort gab es alles, bis zum Mord".

Das Kernstück des französischen Plädoyers bildete die Zusammenfassung der Ergebnisse, die aus der Beweisführung gegen die einzelnen Angeklagten resultierten. Göring und Heß gehörten seit Beginn der Nazi-Bewegung an. Heß übernahm die Verantwortung für die Rassengesetze. Beide Gestalten gestalteten und verkörperten die politische Idee des Regimes. Ribbentrop bereitete den Krieg außenpolitisch vor. Keitel war ein Hitler vollkommen höriger politischer General. Auf Kaltenbrunners Schuldkonto kommt die Ausrottungspolitik gegenüber den eroberten Ländern und der Rassenmord. Rosenberg wollte die Vernichtung der Juden und bereitete durch seine Verbindung mit Quisling den Angriff auf Norwegen vor. Frank versuchte, das Vernichtungsprogramm Hitlers rechtlich zu fundieren und trat für die KZ und die Judenverfolgung ein. Frick ist verantwortlich für die antijüdische Gesetzgebung und die Ermordung der Geisteskranken in den Irrenanstalten. Streicher war mit seiner zügellosen Propaganda Hauptaufpeitscher gegen die Juden und hetzte das Volk gegen sie auf. Funk half mit, die Großindustrie für Hitler zu gewinnen, forderte den Ausschluß der Juden aus dem wirtschaftlichen Leben und nahm die Depositen der SS an Gold und Juwelen, die von ermordeten KZ-Insassen stammten, in Empfang. Außerdem war er verantwortlich für den Aufbau und die Durchführung der Kriegswirtschaft. Doenitz trägt die Verantwortung für den uneingeschränkten U-Bootkrieg und befürwortete die Verwendung von KZ-Häftlingen in der Kriegsindustrie. Raeder stellte die Marine in den Dienst des Nazi-Regimes. Er führte die geheime Aufrüstung durch und half die Angriffe auf Polen und Norwegen vorbereiten. Schirach erzog die Jugend im Sinne der Partei. Sauckel schloß sich der allgemeinen Ausrottungspolitik an und vertrat den von Goebbels aufgestellten Grundsatz der Vernichtung. Jodl traf u. a. Maßnahmen zur Durchführung des von Hitler herausgegebenen Kommandobefehls, wodurch Angehörige feindlicher Kommandotrupps entgegen dem internationalen Recht und den Grundbegriffen der Humanität ermordet wurden. Papen bereitete Hitler den Weg zur Macht, diente dem Regime bis zur Kapitulation und ließ sich auch durch die Morde der Partei an seinen engsten Mitarbeitern nicht stören. Seyß-Inquart bereitete den Anschluß vor, plünderte Holland aus und ist verantwortlich für die Verschleppung eines Teiles der Bevölkerung und für die Hungersnot in Holland. Speer ist verantwortlich für die den ausländischen Arbeitern zuteilgewordene schlechte Behandlung, für die Ausbeutung der KZ-Häftlinge in der Kriegsindustrie sowie für die Verschleppung von 100 000 ungarischen Juden nach Deutschland. Neurath war von Anfang an Mitglied der Nazi-Regierung und blieb auch auf seinem Posten, als Hitler im Jahre 1938 seine Kriegsabsichten ankündigte. Durch sein Verbleiben im Amt ermutigte er das konservative Deutschland, mit Hitler zusammenzuarbeiten. Er schlug die Germanisierung Böhmens und Mährens vor und forderte die Beseitigung der tschechischen Intelligenz. Fritsche hetzte im Rundfunk zum Völkermord (Genocidium) und forderte das deutsche Volk immer wieder auf, sich bedingungslos der Hitlerschen Politik anzuschließen. Schacht habe sich zwar als Opfer des Regimes dargestellt, sei jedoch einer der bedeutendsten Männer bei der Vorbereitung der Hitler-Regierung gewesen. Er stellte sein ganzes Können in den Dienst Hitlers.

Abschließend wies Dubost darauf hin, daß die Angeklagten, um sich zu entlasten, die Schuld auf Tote oder sogar auf das deutsche Volk abzuwälzen versuchten und daß sie die völlig unglaubwürdige Behauptung aufstellten, von all dem, was man sich in ganz Deutschland zuflüsterte, nichts gewußt zu haben.

Dubost schloß mit den Worten: „An Ihnen, meine Herren Richter, ist es nun, in der Stille Ihrer Beratung den Ruf nach Gerechtigkeit für das unschuldig vergossene Blut zu hören."

Jackson verabschiedete sich

Nürnberg, 31. Juli. (DANA) Justice Robert Jackson verabschiedete sich auf einer Pressekonferenz von den Vertretern der internationalen Presse in Nürnberg, da er am 31. Juli über Paris nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wird. Er unterstrich die ausgezeichnete Zusammenarbeit aller vier an dem Nürnberger Prozeß beteiligten Mächte und die wertvolle Unterstützung, die alle ehemals von Deutschland besetzten Länder geleistet haben.

Anfang September hofft Jackson, wie er erklärte, wieder in Nürnberg zu sein. Das Verfahren gegen die Organisationen werde Thomas Dodd für die amerikanische Anklagevertretung weiterführen. Die Anklage gegen den Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werde in den Händen von General Telford Taylor liegen. Den Pressevertretern in Nürnberg zollte Justice Jackson besonderes Lob, indem er erklärte, sie seien ihrer schwierigen Aufgabe, über einen so verwickelten Prozeß viele Monate hindurch klar und erschöpfend zu berichten, in hervorragender Weise gerecht geworden.

Das freie Wort

Herr Albert Leppert, Karlsruhe, Jollystr. [illegible] schreibt uns u. a.: „Die unterschiedliche Handhabung in der Zulassung öffentlicher Tanzbelustigungen durch die zuständigen Zivilbehörden unseres engeren Heimatbezirkes veranlaßt zu folgenden Feststellungen und Anregungen. Oeffentliche Tanzunterhaltungen dürfen grundsätzlich nicht zum Zwecke gewerblicher Bereicherung abgehalten werden. Die Vorstadt Durlach scheint in dieser Beziehung eine gewisse Vorzugsstellung einnehmen zu dürfen, indem in der dortigen Festhalle fast jeden Sonntag öffentliche Tanzvergnügen stattfinden, während die Interessenten aller anderen Städte und Gemeinden unseres Bezirkes dem bekannten Behördenzwang unterliegen. Wenn sich auch die näheren Gründe dieser zweifelsfreien Bevorzugung der Kenntnis der Bevölkerung entziehen, darf man sich doch zum Dolmetsch einer ausgleichenden Gerechtigkeit machen und um mehr Einheitlichkeit in der Auslegung bitten. Um künftig die bestehenden Unstimmigkeiten beseitigen zu können, müßte man endlich einmal die Aufhebung des generellen Verbots öffentlicher Tanzbelustigungen erwirken. Gewiß haben wir alle unter großen seelischen und materiellen Nöten zu leiden; dennoch wird es jeder vernünftige Zeitgenosse für vertretbar halten, daß man vornehmlich die jüngeren Bevölkerungsteile wieder zur Lebensfreude hinführt und damit auch etwas zur Hebung des gesunkenen Gemeinschaftsgeistes beiträgt."

Frau Else Klein, Karlsruhe, Klosestraße 1[illegible] sendet uns folgende Zuschrift: „Ist denn wirklich niemand da, der mal einen ernstlichen Schritt zu unternehmen will, unsere noch in den Kinderjahren stehenden Kriegsgefangenen der Jahrgänge 192[illegible] und jünger heimzuführen? Das Herz einer Mutter droht zu zerbrechen, wenn ihr mit 17 Jahren in französische Gefangenschaft geratener Junge ihr schreibt: „Liebste Mutter! Meine Seele ist todkrank und ich muß mich stark beherrschen, meinen tiefinneren Schmerz nicht freien Lauf zu lassen. Bete für mich, daß der Herrgott mich recht bald zu Euch zurückführe." Mit 15½ Jahren hat man uns diese Kinder von der Schulbank weggenommen und sie in die Zwangsjacke des Militarismus gesteckt. Leiden, Kummer und Strapazen haben sie in ihrer frühesten Jugend schon ertragen müssen, die kaum ein erwachsener Mensch auszuhalten imstande war. Ich kann mich entsinnen, der Tagespresse entnommen zu haben, daß die Siegermächte diejenigen deutschen Stellen zur Rechenschaft gezogen haben wollen, welche die Jungen unter 18 Jahren zum Heeresdienst eingezogen haben. Dann müßten uns diese unschuldigen Kinder zum mindesten aber auch heimgeschickt werden."

„Für alle Angeklagten die Todesstrafe"

Der Antrag des russischen Hauptanklägers Rudenko

Nürnberg, 31. Juli. (DANA-Sonderberichterstatterin Susanne Czapski.) Die Todesstrafe für sämtliche Angeklagten forderte der russische Hauptankläger, General Roman Rudenko in seinem Schlußplädoyer vor dem internationalen Tribunal und stellte damit als einziger unter den Anklägern der vier Nationen einen formellen Strafantrag.

Der russische Ankläger betonte weiter, daß die Angeklagten nicht, nach neugeschaffenem Recht angeklagt sind, sondern daß ihre Verbrechen im Strafrecht aller zivilisierten Völker mit dem Tode bestraft werden.

Rudenko setzte sich mit den rechtlichen Ausführungen Prof. Hermann Jahreiß' auseinander, in denen dieser behauptete, der Befehl Hitlers könne als rechtlich unangreifbarer Strafausschließungsgrund für diejenigen Angeklagten gelten, die nur auf Befehl Hitlers handelten. Rudenko wies darauf hin, daß das Statut des Gerichts die Berufung auf einen höheren Befehl nicht als Entschuldigung für begangene Verbrechen gelten läßt.

Der russische Ankläger erklärte weiter: „Heute ist den Angeklagten ihre laute Arroganz vergangen. Einige von ihnen haben sogar über Hitler den Stab gebrochen. Aber sie werfen Hitler jetzt nicht die Provokation zum Kriege, nicht den Mord an Völkern und die Beraubung friedlicher Staaten vor. Das einzige, was sie ihm nicht verzeihen können, ist die Niederlage." Die Tatsache der Verschwörung sei genau so unbestreitbar wie die Tatsache der Aufrüstung und des Umbaus der deutschen Wirtschaft zu Kriegszwecken, die von den Angeklagten selbst zugegeben wurde. Ebenfalls erwiesen sei die Tatsache der Kriegsverbrechen, die darin bestanden, daß der Krieg nach Methoden geführt wurde, die mit allen Gesetzen und Gebräuchen der Kriegführung im Widerspruch standen. „Weder die Angeklagten", erklärte Rudenko, „noch ihre Verteidiger waren in der Lage, gegen die Tatsache einen stichhaltigen Einwand vorzubringen." Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Handlungen der Angeklagten auch nach dem zur Zeit der Taten gültigen Recht strafbar waren, denn die Gesetzgebung aller zivilisierten Völker sieht die strafrechtliche Verantwortung für Morde, Folterungen, Gewalttaten, Raub usw. vor. Der Umstand, daß diese Verbrechen von den Angeklagten in alle menschliche Einbildung übersteigendem Ausmaß und unerhörten Formen von sadistischer Grausamkeit organisiert wurden, schließt natürlich ihre Verantwortung nicht aus, sondern verstärkt sie um ein Vielfaches."

Rudenko fuhr fort: „Weiter haben einige der Angeklagten in ihren Aussagen versucht, sich als kümmerliche Zwerge, blinde und ergebene Vollstrecker eines fremden Willens — Hitlers Willen — darzustellen Auf der Suche nach einer rechtlichen Grundlage für diese Behauptung sprach der Verteidiger Jahreiß viel von der Bedeutung der Hitler-Erlasse und erklärte, daß ein Hitler-Erlaß ein rechtlich unangreifbarer Akt war. Die Verfasser des Statuts des Gerichts waren in vollem Maße über die spezifischen Verhältnisse in Hitlers Deutschland und über die Versuche der Angeklagten orientiert, sich hinter dem Befehl Hitlers zu verstecken. Und gerade deshalb haben sie bestimmt, daß die Ausführung eines offensichtlichen verbrecherischen Befehls von strafrechtlicher Verantwortlichkeit nicht enthebt."

Schließlich setzte sich der russische Ankläger mit dem Begriff der Verschwörung, die von der Verteidigung bestritten wurde, auseinander: „Eine Verschwörung setzt das Vorhandensein einer verbrecherischen Gemeinschaft voraus. In jeder beliebigen Verschwörung begehen die einzelnen Teilnehmer Verbrechen, die im allgemeinen Verschwörerplan vorgesehen sind und trotzdem einer Reihe von Mitverschwörern unbekannt bleiben können. Trotzdem sind auch diese mitverantwortlich, soweit sich die Verbrechen aus dem gemeinsamen Plan ergeben. Die faschistische Verschwörung wurde dadurch vielmehr besonders gefährlich, daß sich in Hitlers Händen der Staatsapparat und ungeheure menschliche und materielle Kräfte befanden. In den Händen dieser Verbrecher wurden gewaltige Menschenmassen zum Werkzeug für die schwersten Verbrechen. General Rudenko überprüfte nun noch einmal die Verantwortlichkeit jedes einzelnen Angeklagten für die begangenen Verbrechen und schloß:

„So stehen vor Ihnen, meine Herren Richter, diese Angeklagten als Menschen ohne Ehre und Gewissen, die die Welt in einen Abgrund von Unglück und Leid stürzten und ihrem eigenen Volk ungeheure Not gebracht haben. Politische Abenteurer, die zur Erreichung ihrer verbrecherischen Ziele vor nichts zurückschreckten, erbärmliche Demagogen, die ihre räuberischen Pläne in gleißende Lüge kleideten, unmenschliche Henker, die Millionen Unschuldiger hinrichteten."

„Im Namen der wahren Liebe zur Menschlichkeit, die die Völker erfüllt, im Gedanken an die Millionen unschuldiger Menschen, die von dieser Verbrecherbande zugrundegerichtet worden sind, und in der Hoffnung auf Glück und friedliche Arbeitsmöglichkeiten für kommende Geschlechter beantrage ich für alle Angeklagten, ohne Ausnahme, das Höchstmaß an Strafe: die Todesstrafe."

Amerikanische Presse zur Jackson-Rede

Washington, 31. Juli. (DANA) Die Schlußrede des amerikanischen Hauptanklägers Jackson vor dem internationalen Tribunal in Nürnberg fand in der amerikanischen Presse starken Widerhall. Die Zeitungen fordern allgemein den Schuldspruch für die 21 ehemaligen Naziführer. Einige verlangen, dem internationalen Recht ein Gesetz anzufügen, wonach die „Planung eines Angriffskrieges" zu einem internationalen Verbrechen erklärt werden soll. Jacksons Widerlegung der Behauptungen der Naziverteidigung, Hitler und andere tote Naziführer seien die einzigen Schuldigen, war Thema verschiedener Leitartikel.

Der „Philadelphia Inquirer" schreibt: „Die Männer auf der Anklagebank haben für ihre aktive und fanatische Teilnahme an den grauenhaftesten Verbrechen, die die Welt seit den finstersten vorgeschichtlichen Zeiten gesehen hat, die Todesstrafe reichlich verdient."

Der „New York Herald Tribune" fragt: „Können wir eine Politik als legal anerkennen, die alle Kraftquellen eines modernen Staates willkürlich in Besitz nimmt und zur militärischen Eroberung aller schwächeren Völker, die im Wege stehen, ausnutzt? Justice Jackson war einer der ersten, die vom Anfang an wußten, daß die Antwort eine nachdrückliche Verneinung sein muß und daß der einzige Weg, diese Verneinung ins Buch der Geschichte zu schreiben, war: In aller Form eine Verhandlung zu führen, eine vollständige Dokumentierung zu ermöglichen, der Verteidigung Gehör zu geben und ein gerichtliches Urteil zu sprechen.

„Nürnberg mag nicht das absolute Ideal abstrakter Gerechtigkeit in einer unvollkommenen Welt darstellen, aber es war ein wichtiges Instrument bei unseren Anstrengungen, diesem Ideal näher zu kommen."

Interessantes in Kürze

DANA-Meldungen

Wiesbaden. Die höchste tschechoslowakische Kriegsauszeichnung, das Kriegskreuz 1939, wurde am 23. Juli den Generalen der amerikanischen Luftstreitkräfte John H. McCormick und Harald Q Huglin durch den tschechoslowakischen General Karel Klapalek in Wiesbaden im Hauptquartier der amerikanischen Luftstreitkräfte in Deutschland überreicht.

Berlin. Der „Berliner Jewish Club" wurde zur Verstärkung der Verbindung zwischen den amerikanischen und den in Berlin lebenden Juden gegründet. Bei der Gründungsfeier hielt der Berater General McNarneys in jüdischen Fragen, Rabbiner Dr. Bernstein, eine Ansprache.

Berlin. Der bekannte englische Sozialist, Lord Beveridge, der sich zur Zeit auf einer Deutschlandreise befindet, wird am 2. August in Berlin erwartet, wo er am 4. August über das Thema: „Soziale Sicherung und Arbeit" sprechen wird.

München. Walter Ulbricht und Max Fechner, zwei Vorstandsmitglieder der SED, sprachen am Montag in einer kommunistischen Versammlung in München über das Thema: „Die Einheit der Arbeiterschaft und die Einheit Deutschlands".

Berlin. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine der berühmtesten Forschungsvereinigungen, wird gemäß einem Beschluß leitender Wirtschaftssachverständiger der vier Besatzungsmächte aufgelöst. Einige Laboratorien werden für friedliche wissenschaftliche Forschungen weiterarbeiten.

Berlin. Die beiden in der Sowjetzone verschwundenen amerikanischen Offiziere, Hauptmann Harold Corvin und Leutnant George Wyatt, wurden am Mittwoch nach Mitteilung des amerikanischen Kommandanten von Berlin, General Frank Keating, von den Sowjetbehörden wieder an die amerikanischen Behörden ausgeliefert. Die beiden amerikanischen Offiziere wurden seit dem 1. Juli vermißt. Sie hatten ohne gültige Papiere einen Zug in die sowjetische Zone benutzt.

Der Strang für Kindesmörder

Hamburg, 31. Juli (DANA). Die beiden früheren SS-Angehörigen Johannes Frahm und Ewald Jauch aus dem KZ Neuengamme wurden am Montag vom britischen Militärgericht im Curiohaus zum Tode durch den Strang verurteilt. Während der Verhandlung hatte Frahm zugegeben, Kinder erhängt zu haben, während Jauch eingestanden hatte, von der Absicht des Kindesmordes gewußt und Wache gestanden zu haben, während die Ermordung der Kinder vollzogen wurde.

Hinrichtung vollzogen

Baden-Baden, 31. Juli. (DANA) Die vierzehn am 7. Juni 1946 vom Obersten französischen Militärgericht in Rastatt zum Tode verurteilten ehemaligen Angehörigen des Lagerpersonals des KZ Neue-Bremme wurden am Dienstag um 6 Uhr morgens durch Erschießen hingerichtet, da das Gnadengesuch der Verurteilten abgelehnt worden ist. Den Verurteilten Schmoll, Peter Weiß, Quinten, Drokur, Kunkel, Fries, Baron, Regulski, Weertz, Hornetz, Weyland, Gross, Buchs und Arnold waren Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord, Totschlag, Körperverletzung, Diebstahl, sowie Beteiligung an Diebstahl und Hehlerei nachgewiesen worden.

Politische Denunzianten vor Gericht

Wegen Verleumdung des Landespräsidenten vor Gericht

Im Landkreis Buchen ging monatelang das Gerücht um, Landespräsident und Wirtschaftsminister Dr. Heinrich Köhler habe anläßlich der Hochzeit seiner Tochter im August 1945 ein Schwein schwarzgeschlachtet. In einer CDU-Kundgebung in Buchen am 31. März 1946 kam Minister Dr. Köhler selbst auf dieses Gerücht zu sprechen. Eine Schlammflut von Denunziationen wälze sich heute gegen Persönlichkeiten in führender Stellung. Sogar Schwarzschlachtung werde ihm vorgeworfen. Dabei fiel aus der Mitte der Versammlung der Zwischenruf: „Es wird schon was dran sein!" Es entspann sich zwischen dem Redner und dem Rufer eine kurze Auseinandersetzung, die jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts Mosbach ihr gerichtliches Nachspiel fand. Angeklagt waren der Photograph Rudolf Graeske (Buchen), Polizeiwachtmeister a. D. Heinrich Beiker (Eubigheim), Bäcker und Landwirt Ernst Karl Benig (Schloßau), die Maria Ella Benig (Schloßau), der Gefängnisoberaufseher Ludw. Mechler (Langenelz), Landwirt Julius Benig (Schloßau), Kaufmann Hans Lehnert (Mannheim) und Landwirt August Büchler (Schloßau) wegen übler Nachrede. Nebenkläger war Landespräsident und Wirtschaftsminister Dr. Köhler.

Ministerpräsident Dr. Köhler sagte als Zeuge und Nebenkläger aus: „Es geht um meine Ehre und um meine Existenz. Ich bin mir darüber klar, daß ich aus dem öffentlichen Leben, in dem ich seit 40 Jahren stehe, verschwinden müßte, wenn etwas von der Sache an mir hängen bleiben sollte. Ich wünsche daher Aussagen zu machen und vereidigt zu werden. Als ich vom Gerücht hörte, glaubte ich nicht, daß vernünftige Menschen einem Minister etwas Derartiges zutrauten." Ein führendes Mitglied der SPD habe ihn jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß er in der Sache etwas unternehmen müsse, das Gerücht wolle nicht verstummen. Vor der Versammlung in Buchen sei ihm angekündigt worden, am 31. März käme die Bombe zum Platzen. Mitglieder der SPD bereiteten etwas vor. Deshalb habe er in der Versammlung am 31. März absichtlich das Denunziantentum gegeißelt und die angebliche Schwarzschlachtung erwähnt. Zu der Sache selbst erklärte Dr. Köhler: „Ich habe nicht schwarzgeschlachtet und habe auch für mich nicht schwarzschlachten lassen. Alle Gerüchte über die Hochzeitsfeier sind Uebertreibungen. Es waren acht Familienmitglieder, neun Gäste und drei Kinder anwesend und nicht 45 Personen, wie behauptet worden ist. Vieles von dem, was auf den Tisch kam, war von Freunden und Nachbarn aus Anlaß der Hochzeit gestiftet worden."

Unter den Zeugen befanden sich die Köchin des Hochzeitsessens, die Servierhilfen, einige Gäste, außerdem Bürgermeister Schmerbeck (Buchen) und Landrat Dr. Bernheim (Buchen). Die Köchin sagte unter Eid aus, daß es frisches Schweinefleisch nicht gegeben habe. Es konnte an Fleisch jedem Gast nur eine Portion vorgesetzt werden. Die Gäste bekundeten, daß weder hinsichtlich der Quantität noch der Qualität irgend etwas Besonderes geboten wurde.

Das Gerücht wußte auch drei Metzger mit Namen zu nennen, die das Schwein schwarzgeschlachtet haben sollen. Alle drei wiesen unter Eid den Vorwurf entschieden zurück. Der Hauptangeklagte Graeske wies darauf hin, die SPD habe mit seinem Vorwurf nichts zu tun.

Der Staatsanwalt hatte Strafantrag wegen Verleumdung und übler Nachrede, begangen an einem Mann an hervorragender Stelle des öffentlichen Lebens, gestellt. Darauf steht eine Gefängnisstrafe von mindestens 3 Monaten, die in Anbetracht der Vorstrafen der beiden Hauptangeklagten empfindlich ausgefallen wäre.

Nach längerer Verhandlung kam auf Vorschlag des Vorsitzenden der Strafkammer ein Vergleich zustande. Die Erklärung der Angeklagten hat folgenden Inhalt: „Im Bezirk Buchen war das Gerücht verbreitet, der Nebenkläger, Minister Dr. Köhler, habe aus Anlaß der Hochzeit seiner Tochter ein Schwein schwarzschlachten lassen. An der Verbreitung dieses Gerüchtes sind wir (die Angeklagten) beteiligt gewesen. Auf Grund der heutigen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Mosbach sehen wir ein, daß das Gerücht unwahr gewesen ist. Es war geeignet, die Ehre und die Stellung des Nebenklägers als Minister schwer zu gefährden. Wir bitten den Nebenkläger, uns zu verzeihen. Wir zahlen als Buße ein jeder 100 Reichsmark für die Ostflüchtlinge des Kreises Buchen zu Händen des Landrats in Buchen. Wir tragen die Gerichtskosten und die Kosten des Nebenklägers, und zwar als Gesamtschuldner. Dieser Vergleich ist auf Kosten der Angeklagten binnen zwei Monaten in der „Rhein-Neckar-Zeitung", in den „Badischen Neuesten Nachrichten" und in der Mannheimer Zeitung „Der Morgen" zu veröffentlichen."

Landespräsident Dr. Köhler erklärte: „Meine Ehre war gefährdet. Nachdem meine Ehre beruflich und persönlich wiederhergestellt ist, habe ich an der Strafverfolgung der Angeklagten kein Interesse. Rachegelüste liegen mir fern." -p-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Karlsruher SPIEGEL

Die liebe Farbe

Durch das dichte Laubwerk einer alten Kastanie stahl sich die Sonne, lugte durch die großen Fenster in einen hellen, freundlichen Raum und malte bunte Kringel auf Wände und Boden. In der Ecke stand ein Chaiselongue auf drei Beinen, und sonst waren lediglich die Staffeleien bemerkenswert.

Auf dem Tisch lagen bunte Farben in dicken Tuben. Sie diskutierten temperamentvoll, wer unter ihnen wohl die führende sei. Gewandt und nicht ohne Selbstgefälligkeit ergriff die gelbe Farbe das Wort. Es sei längst zur Tatsache geworden, daß sie überall dort in Erscheinung trete, wo es sich um freundliche, helle Dinge handelt. Sie hätte in Form von Sommerkleidern Wunschträume junger Damen erfüllt und wollte es dahingestellt sein lassen, ob nicht die interessierten und vielleicht nicht ganz diskreten Blicke der Männerwelt wenigstens zum Teil ihr gegolten hätten. An ihrer politischen Bedeutung könne man nicht vorbeigehen. Im badischen Wappen habe sie dominiert, und auch die Stadtfarben konnten auf sie nicht verzichten. Sie lege großen Wert auf die Feststellung, daß sie sich nie für etwas anderes habe verwenden lassen.

Dies sei persönliches Glück gewesen, warf die weiße Farbe schüchtern ein, alle könnten bestätigen, daß sie sich stets für das Saubere eingesetzt hätte. Wenn sie in dekorativer Hinsicht hinter den anderen zurückstände, so fände sie doch durch ihre Reinheit besonderen Ausdruck.

Da lachten einige derb, und Gelb machte eine freche Bemerkung.

Grün ergriff das Wort und nannte ein solches Gebaren taktlos. Als Symbol der Hoffnung glaube sie immer noch an eine bessere Zukunft. Da lachten sie noch lauter, und Gelb rief vernehmbar: „Aufhören!"

Rot nahm die Gelegenheit wahr und betonte, daß speziell heute unmöglich an seiner Bedeutung vorbeigegangen werden könne. Um das zu erkennen, müsse man nicht durch eine rosarote Brille blicken, man solle nur die Frauen fragen, denen es gewissermaßen in den Mund gelegt sei.

Die dunkle Farbe wollte vor allzu großem Optimismus warnen, aber da öffnete sich die Tür, und ein junger Mann trat ein. Er legte Hut und Rock ab und zog einen bekleckten weißen Mantel über. Dann drückte er aus jeder Tube einen Klecks auf das Palett und fing an, behutsam und prüfend die Farben auf die Leinwand zu übertragen.

Das Werk wuchs, aber weder rot, noch gelb, noch dunkel herrschten vor. Sie fanden jetzt die Positionskämpfe kleinlich und sahen ein, daß sie alle für das Ganze gebraucht werden und beschlossen fortan in äußerer und innerer Harmonie zu leben. P. S.

Verteilung des freigegebenen Weines

Da die von der Militärregierung freigestellte Weinmenge nicht ausreicht, um einen freien Verkauf oder eine allgemeine Zuteilung durchzuführen, gelangen die freigestellten Weine während der 91. Zuteilungsperiode an folgende Personenkreise zur Verteilung:

Kranke in Krankenanstalten und in Einzelfällen an Kranke, die mit ärztlichem Attest nachweisen, daß eine Weinzulage zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit unerläßlich ist. Das Genehmigungsverfahren ist hierbei dasselbe, wie bei den sonstigen Krankenzulagen; Zulageberechtigte, ehemalige KZ-Häftlinge und rassisch Verfolgte; Kriegsbeschädigte der Versehrtenstufen II—IV (50 Prozent und mehr) gegen Vorlage des Rentenbescheides beim Ernährungsamt; Blutspender; Wöchnerinnen; Hochzeitspaare bei grünen, goldenen, diamantenen und eisernen Hochzeiten.

Der Weinverkauf erfolgt ausschließlich gegen Abgabe von Berechtigungsscheinen, die von den zuständigen Ernährungsämtern ausgestellt werden. Nach Möglichkeit sind vom Käufer 2 Leerflaschen für eine Flasche Wein abzugeben.

Bezirkstreffen und Richtfest der Naturfreunde

Die Gauleitung Baden des Touristenvereins „Die Naturfreunde" hat die mittelbadischen Ortsgruppen (amerik. Zone) zu einem Bezirkstreffen nach Durlach eingeladen. Das Treffen war verbunden mit dem Richtfest der Hütte der Durlacher Ortsgruppe. Fritz Schindel als Bezirksleiter brachte in einer kurzen Ansprache seine Freude über das Treffen zum Ausdruck. Die mit einfachen Mitteln aufgezogene Feierstunde wurde von den Mandolinen und Gitarren der Edelweiß umrahmt. Der Gauobmann Heinrich Coblenz sprach von der Freudens- und Leidensgeschichte der Naturfreunde. Am härtesten wurde die Bewegung getroffen, daß man Häuser und Hütten, die mit so viel Opfer, Idealismus und Aufopferung gebaut wurden, weggenommen hat. Insbesondere beleuchtete der Redner die tragische Geschichte vom Bauen des Durlacher Hauses in Erbersbronn (Murgtal). Genosse Adolf Blessing als erster Obmann der Ortsgruppe Durlach gab einen Rückblick über den Bau der Hütte bis zum Tage des Richtfestes. Das Programm des Nachmittags hat die Jugend nach ihrer Weise gestaltet.

Eine kleine Reise

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen — mitunter sehr viel. Wie wir es könnten über unseren Aufenthalt in der Durlacher Festhalle am 30. Juli.

Es verbietet sich jedoch, über diesen Abend der Rhein-Neckar-Bühne mehr zu schreiben als unbedingt nötig. Nicht nur, daß die Aufführung überhaupt erst mit halbstündiger Verspätung begann und sonstige technische Mängel zu spüren waren. Das Niveau der Darbietungen wurde den etwa gestellten Erwartungen in keiner Weise gerecht.

„Haben wir das nötig", von Ernst Müller (dessen bühnensicheres Auftreten nicht bezweifelt wird) mit Partnerin alberne Gespräche über Goethe und fast ans Vulgäre grenzende Diskussionen über die Frauen anzuhören? Oder einen Sänger, Kammersänger Willy Eichel, der das wunderschöne „Still wie die Nacht" durch abrupte Phrasierung verdarb und das Publikum zum lachen reizte? Oder Benno Stadingers geschmacklose Plaudereien in halb Stuttgarter, halb Pforzheimer Jargon. Ganz zu schweigen von der improvisierten Kapelle Nikolaus, die durch völlig unzureichende Begleitung die einzig wirklich gute Nummer des Abends, Heinz Kobitsch am Xylophon fast unmöglich machte?

Wir begnügen uns mit der Namennennung der übrigen Darsteller: Elfriede Schmidt, Lydia Engel, Eva Pirr (Tanz), Ria Lacroix, Marianne Flechsig (Gesang), Jack und Jacky in einem Akrobatikakt, bemüht, Gutes zu zeigen. M. M.

Neue Verkaufszeiten. Bei den Lebensmittelgeschäften einschließlich Metzgereien und Bäckereien ist zu berichtigen, daß die Geschäfte samstags von 9—13 und 13.30—16.30 Uhr geöffnet haben.

Neue Sprechzeiten beim Wohnungsamt. Die Sprechstunden sind auf Montag bis Freitag von 8—12 Uhr festgesetzt. Samstags keine Sprechstunde.

Auslandsvorträge. Am kommenden Montag, 5. August 1946, 19.15 Uhr, sprechen im Redtenbach-Hörsaal der Technischen Hochschule die Professoren Dr. Wulzinger und Dr. Jungbluth über: „Englische Architektur und öffentliches Leben" mit Lichtbildern.

Felddiebstahl. Zwei Studenten, die auf einem Acker eine größere Menge Kartoffeln gestohlen hatten, konnten festgenommen werden, obwohl sie zunächst Widerstand leisteten und zu flüchten versuchten.

Schieber festgestellt. Ein Schreinermeister gelangte zur Anzeige, weil er Monate lang Möbel ohne Bezugscheine im Tauschhandel abgegeben und dagegen auf ihn ausgestellte Bezugscheine nicht beliefert hat.

Diebstahl. Einem 8jährigen Knaben wurden beim Baden im Vierordtbad aus einem Spind sämtliche Kleider gestohlen.

Seinen 90. Geburtstag feiert am 1. August Josef Heidel, Luisenstraße 15.

Karlsruher Sterbefälle

Dietlinde Heidrun Rühle, 2 Jahre alt; Anna Maria Schuler, geb. Schwarz, 69 J.; Anna Bierweiler, geb. Wollensack, 70 J.; Klara Göring, geb. Heck, 51 J.; Johann Zecha, 78 J.; Karl Friedrich Förter, 45 J.; Gustav Jakob Erb, 62 J.; Bertha Wenz, 38 J.; Adam Ullrich, 73 J.; Theresia Leicht, geb. Binder, 81 J.; Erwin Heinrich Karl Grassel, 30 J.; Brigitte Dora Findling, 8 J.; Wilma Erna Schwarz, 2 Monate; Margarete Else Kohlmüller, 1 Monat; Werner Franz Schimmel, 5 Wochen.

Schreiner stellen Meisterstücke aus

Die Wohnungsausstattung Hauptaufgabe des Handwerks

Die Beschaffung der allernotwendigsten Wohnungsausstattung mit Möbeln stellt für die meisten Menschen — rein wirtschaftlich betrachtet — den bedeutendsten Kauf dar, den sie im Leben abschließen. Dauernd wird durch die getroffene Auswahl die Lebensführung beeinflußt. Ein schönes, wenn auch noch so einfach gestaltetes Heim soll eine Quelle der Lebensfreude sein, die täglich ohne besondere Aufwendungen fließt. Ein Mißgriff in der Wahl des Hausrats bedeutet einen lebenslangen Aerger. Mit Sorgfalt und Ruhe ist darum die Auswahl zu treffen. Der Laie wird in den meisten Fällen nicht feststellen können, warum das eine Stück teurer ist als das andere, weil er die Grundlagen der Preisfestsetzung nicht kennt und auch die technische Ausführung nicht beurteilen kann. Der Möbelkauf ist darum stets eine Vertrauenssache.

Gerade in heutiger Zeit, wo durch den unglücklichen Krieg eine Unmenge von liebgewonnenen, wertvollen Hausrat völlig vernichtet oder schwer beschädigt worden ist, werden an das gesamte Schreinerhandwerk inbezug auf Instandsetzung und Neuanfertigung von Möbelarbeiten ganz besondere Anforderungen gestellt. Erschwerend für den großen Aufgabenkreis wirkt der Umstand, daß die Vorräte an trockenem Holz vernichtet oder aufgearbeitet worden sind, daß ferner für die Verleimungen anstelle der früher verwendeten Haut- und Knochenleime heute Ersatzstoffe zur Verwendung kommen müssen. Dem tüchtigen Schreinermeister wird es aber immer gelingen, durch einen entsprechenden Entwurf und Konstruktion, zu befürchtende, etwa später auftretende Fehler zu verhüten. Die überlieferte Zweckform, veredelt durch gute Linienführung und wohl abgewogene Flächenverteilung ist heute allen Entwürfen zugrunde zu legen. Der Hausrat soll kein anspruchsvolles Eigendasein führen, er soll stets der bereite Diener seiner Bewohner sein. In der heutigen schweren Zeit, wo so vielen Mitmenschen das Allernotwendigste zur Ausstattung einer Küche und eines Schlafzimmers fehlt, ist die Anwendung der Polierkunst nicht angebracht. Es geht nicht an, daß Stunden und Tage verwendet werden, um durch Polieren die Oberfläche eines einzigen Möbelstückes zu verschönern. Ein form- und werkgerechtes, aus heimischem Holz gefertigtes Möbel, kann ohne zeitraubende Oberflächenbehandlung doch schön sein. Auf die Verwendung der öl- und fett- bezw. lackhaltigen Polier-, Beiz- und Mattierungsmittel wird man im Laufe der nächsten Jahre verzichten müssen. Ein die Feuchtigkeitseinwirkung schützender Ueberzug des Werkstückes dürfte genügen. Wo aber gebeizt werden soll, wird man unter Verwendung der früher verwendeten und bewährten Schreinerrezepte versuchen, das Ziel zu erreichen.

Für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe werden in der Woche vom 29. Juli bis einschließlich 3. August die Meisterprüfungen für das Schreinerhandwerk abgenommen. Die Prüfungen finden in der Gewerbeschule, Adlerstraße 29, statt. Als Abschluß dieser und um der Oeffentlichkeit einen Einblick in das Schaffen der Prüflinge zu geben, werden die gefertigten Meisterstücke am Sonntag, den 4. August, von 9 bis 17 Uhr durchgehend, in der Gewerbeschule, Haupteingang Adlerstraße, ausgestellt. Neben den Meisterstücken werden die im Zusammenhang mit diesen gefertigten Entwürfe und Werkzeichnungen, ebenso die für die Prüfung in einer festgesetzten Zeit von Hand hergestellten Arbeitsproben gezeigt werden. Die Bevölkerung ist zur Besichtigung dieser Schau herzlich eingeladen. H. Huber

Fernsprechhäuschen dienen dem Gemeinwohl

Ein Appell an die Öffentlichkeit

Sehr bald nach dem Zusammenbruch gingen die zuständigen Stellen daran, die Oeffentlichen Münzfernsprecher in den Straßen der Stadt Karlsruhe wieder instandzusetzen, um den vielen früheren Fernsprechteilnehmern, deren Anschluß wegen der zahlreichen Zerstörungen und wegen der großen Materialknappheit noch nicht wieder eingerichtet werden konnte, einen Ersatz zu bieten und um der breiten Oeffentlichkeit Gelegenheit zu geben, am Fernsprechverkehr teilzunehmen. Viele Fernsprechhäuschen wurden wieder hergestellt, große Mengen Glas und Eisen wurden verbraucht und viele Fernsprechapparate hergerichtet.

Nun ist es so. Es vergeht kein Tag, an dem nicht an irgendeinem Fernsprechhäuschen die Glasscheiben eingetreten, der Hörer oder die Kassiervorrichtung abgerissen, der Fernsprechapparat ganz zerstört und der Fußboden durch Exkremente in widerlichster Weise besudelt werden. Selbst die in den Schaltervorräumen der Postämter aufgestellten Fernsprechzellen sind vor diesen „Piraten des öffentlichen Gemeinwohls" nicht sicher. Immer wieder wurden und werden sie noch zerstört oder durch Beschädigungen unbenutzbar gemacht, so daß jetzt wegen des Fehlens jeglicher Ersatzteile leider dazu übergegangen werden mußte, einen Teil der beschädigten Häuschen stillzulegen.

Für einen großen Teil der werktätigen Bevölkerung ist diese gewaltsam erzwungene Stillegung ein großer Nachteil, wenn nicht gar ein erheblicher Schaden. So mancher Geschäftsmann und manche Hausfrau konnten sich das „Schlangenstehen" durch einen kurzen Anruf ersparen, der Arzt konnte schnellstens herangerufen, viel Zeit gewonnen und unnütze Laufereien vermieden werden.

Es zeugt von einem tiefen moralischen Zerfall, wenn derartige soziale Einrichtungen, die ausschließlich dem Gemeinwohl der schaffenden Menschen dienen, immer wieder in solch böswilliger Weise zerschlagen werden. Es bleibt daher nur übrig, daß die Bevölkerung zur Selbsthilfe greift, diese Fernsprechhäuschen selbst beobachtet und jede verdächtige Wahrnehmung sofort dem nächsten Polizisten oder der nächsten Polizeiwache mitteilt. Nur wenn die gesamte Bevölkerung an der Ueberwachung mitarbeitet, wird es möglich sein, die noch wenigen in Karlsruhe vorhandenen Fernsprechhäuschen dem Betrieb zu erhalten.

Zwangstausch nach dem neuen Wohngesetz

Zwecks Erhaltung und besserer Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes hat der Kontrollrat ein neues Wohnungsgesetz erlassen. Dieses Gesetz tritt an die Stelle der Verordnung zur Wohnraumlenkung vom 27. Februar 1943, die damit aufgehoben wird. Die zum Vollzug des neuen Wohnungsgesetzes erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen obliegen den deutschen örtlichen Behörden. Alle deutschen Wohnungsbehörden unterliegen der Aufsicht, den Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung.

Die einschneidendste Bestimmung des neuen Wohnungsgesetzes ist die in Artikel VI erteilte Ermächtigung, einen Wohnungstausch anzuordnen, wenn diese eine bessere Verteilung des Wohnraumes bedeutet. Der Ausdruck „Wohnraum" umfaßt jeden Raum, der gegen Witterungseinflüsse geschützt ist, über hinreichende Beleuchtung, Luft- und geregelte Wasserzuführung verfügt. Die Auswirkung der den Wohnungsbehörden erteilten Ermächtigung, einen Zwangstausch anzuordnen, macht man sich am besten an einigen Beispielen klar. Einem kinderlosen Ehepaar, das eine Wohnung von 2 großen Zimmern mit Küche bewohnt, kann im Wege des Zwangstausches eine kleinere Wohnung unter Mitbenutzung einer über 10 qm großen Küche zugewiesen werden, um deren Wohnung für eine kinderreiche Familie freizumachen. Ebenso kann z. B. ein Untermieter, der einen großen Raum bewohnt, gezwungen werden, diesen gegen einen kleineren Raum zugunsten einer Familie zu tauschen. Ein Zwangstausch kann sowohl innerhalb desselben Hauses als auch zwischen verschiedenen Häusern angeordnet werden. Die Umzugskosten haben die Betroffenen selbst zu tragen. Der Betroffene kann innerhalb einer Frist von drei Tagen nach Zustellung oder Anschlag der Mitteilung Beschwerde bei der Wohnungsbehörde, welche die Erfassung angeordnet hat, einlegen. Falls diese Behörde der Beschwerde nicht abhilft, muß sie dieselbe der Aufsichtsbehörde der Entscheidung vorlegen. Die Beschwerde hat jedoch keine aufschiebende Wirkung, d. h. die Durchführung der angeordneten Maßnahmen wird durch die Beschwerde nicht gehemmt.

Das Gesetz bringt eine Aufstellung, in welcher Reihenfolge Bewerber bei der Zuteilung freien Wohnraumes zu berücksichtigen sind, wobei Personen, die dem nationalsozialistischen Regime Widerstand geleistet haben oder durch seine Maßnahmen benachteiligt worden sind, in jedem Falle den Vorzug haben. Ausdrücklich wird angeordnet, daß niemand auf Grund seiner gesellschaftlichen oder finanziellen Stellung bevorzugt behandelt werden darf.

Der Eigentümer soll mit dem Zwangsmieter einen Mietvertrag abschließen, andernfalls kann die Wohnungsbehörde eine Verfügung mit Wirkung eines Mietvertrages erlassen. Innerhalb 15 Tagen nach Erfassung muß der Mietvertrag abgeschlossen und die Wohnung bezogen werden. Dr. C.

Leiter des Wetterdienstes suspendiert

Stuttgart, 31. Juli. (DANA) Der bisherige Leiter des Zentralbüros des deutschen Wetterdienstes, Dr. Gerhard Schinze ist nach Mitteilung der Pressestelle des Länderrats von seinem Amt suspendiert worden. Die Suspendierung soll auf Grund einer Anklage wegen Fragebogenfälschung erfolgt sein, die vor der zuständigen Spruchkammer verhandelt werden wird.

Die Höchster IG-Werke stellen Penicillin her

Stuttgart, 31. Juli. (DANA) Die Penicillin-Herstellung in Deutschland soll nach einer Mitteilung des Länderrates möglichst rasch beträchtlich erweitert werden, damit eine Einfuhr dieses Artikels nicht mehr notwendig ist.

Den IG-Werken in Höchst soll die Erlaubnis zur Herstellung der für die Penicillin-Produktion erforderlichen Gärungspräparate und anderen Einrichtungen erteilt werden, so daß drei Viertel bis eine Milliarde Einheiten Penicillin im Monat hergestellt werden können.

Goldfisch-Werke werden an Rußland abgeliefert

Stuttgart, 31. Juli (DANA). 62 Maschinen, im Gewicht von 209 Tonnen, im Werte von 335 515 Mark, wurden nach Bekanntgabe der Reparationsabteilung der Abteilung für Wirtschaft in der amerikanischen Militärregierung Württemberg-Badens in der vergangenen Woche aus den Goldfisch-Werken in Obrigheim (Kr. Mosbach) zur Lieferung an die Sowjetunion nach Bremerhaven versandt. Es handelt sich um die bisher größte Reparationsleistung aus Württemberg-Baden.

Es war die 15. wöchentliche Sendung aus den Werken, durch welche die Gesamtzahl der verladenden Maschinen auf 586 Stück erhöht wurde. Das Gesamtgewicht der Maschinen stellte sich auf 2209 Tonnen, ihr Wert auf etwa 3 260 110 Mk. Der Ersatzwert der gesamten maschinellen Einrichtungen beträgt auf der Grundlage der Preise von 1938 mehr als 30 Millionen Mark.

Rückzahlung eingezahlter Postscheckbeträge

Frankfurt, 31. Juli. (DANA) Von den Postdirektionen der US-Zone werden Rückzahlungen der vor dem 8. Mai 1945 eingezahlten oder von Postscheckkonten abgebuchten Beträge, die beim Empfänger nicht eingetroffen sind, vorgenommen. Soweit es sich um Postscheküberweisungen von Konto zu Konto innerhalb der US-Zone handelt und der Absender nachweisen kann, daß der Betrag seinerzeit von seinem Konto abgebucht wurde, und das Postscheckamt feststellt, daß der Betrag dem Konto des Empfängers nicht gutgeschrieben wurde, werden Rückzahlungen ohne Vorlage des Original-Belegs vorgenommen.

Bei Zahlungen durch Postanweisungen, Zahlungsanweisungen oder Zahlkarte, d. h. also in Fällen, in denen eine Barein- bezw. Auszahlung stattgefunden hat bezw. stattfinden sollte, kann eine Rückzahlung nur dann erfolgen, wenn der Originalbeleg bei der Post auffindbar ist. Der Nachweis der Einzahlung und des Nichteintreffens des Betrags bei den Adressanten genügt nach den bestehenden Anordnungen der Militärregierung in diesen Fällen nicht.

Rückzhalung von der US-Zone in eine andere Zone oder umgekehrt werden vorläufig noch nicht durchgeführt.

Eisenbahnbrücke Mannheim - Ludwigshafen fertiggestellt

Mannheim, 31. Juli. (DANA) Die Eisenbahnbrücke Mannheim—Ludwigshafen wurde Dienstag in Anwesenheit von Offizieren der amerikanischen und französischen Militärregierung sowie Vertretern der deutschen Regierungsstellen und Eisenbahnverwaltung feierlich dem Verkehr übergeben. Der Bau, zu dem nahezu 2 000 Tonnen Stahl verwendet wurden, ist in der Zeit von dreieinhalb Monaten für den eingleisigen Eisenbahnverkehr fertiggestellt worden.

Sperrstunde in Mannheim eingeführt

Auf Anordnung der Militärregierung ist die Ausgangssperre ab 30. Juli im Stadtgebiet Mannheim zwischen 23 Uhr und 4 Uhr früh wieder eingeführt worden.

„Fränkische Nachrichten" lizenziert

Tauberbischofsheim, 31. Juli (DANA). Die „Fränkischen Nachrichten" wurden hier am 30. Juli als siebente Zeitung in Württemberg-Baden lizenziert. Oberst J. H. Hills, der Leiter der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung von Württemberg-Baden übergab die Lizenz an Adolf Henning und Dr. Richard Reile im Rahmen einer Feier, der Vertreter amerikanischer und deutscher Behörden beiwohnten. Die „Fränkischen Nachrichten" werden zunächst eine Auflage von 22 000 Exemplaren haben und in Tauberbischofsheim und einem Teil des Kreises Mergentheim dreimal wöchentlich erscheinen.

Kinderspeisungen in Württemberg-Baden

Stuttgart, 31. Juli. (DANA) Die ersten Kinderspeisungen in Württemberg-Baden beginnen am 29. Juli 1946 und werden durch den Landesausschuß für Auslandshilfe durchgeführt werden. Durch großzügige Unterstützung aus der Schweiz und den Vereinigten Staaten werden 7000 Kinder in Stuttgart und 3600 Kinder in Mannheim eine zusätzliche Mahlzeit erhalten.

Wettervorhersage bis Freitag abend

Trocken und wärmer

Zunächst wechselnd bewölkt, vorwiegend trocken, später bei abflauenden Westwinden Bewölkungsrückgang, vielfach Aufheiterung, ansteigende Tagestemperaturen.

Rheinwasserstände

31. Juli: Konstanz 452 cm, — 2 cm; Kehl 342 cm, — 10 cm; Maxau 533 cm, — 7 cm; Mannh.-Rheinau 435 cm, + 7 cm; Mannh.-Neckar 427 cm, — 1 cm.

Radioprogramm

Stuttgarter Sender

Freitag, 2. August: 6.12 Ansage, Choral. 6.15 Musik. 6.30 Nachr., Wetter. 6.45 Gymnast. 7.00 Melodien. 7.15 Stimme Amerikas (Magazin). 7.30 Melodien. 8.00 Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände, Musik. 8.30 Perlen der Literatur. 9.00 Pause. 10.00 Schulfunk. 10.30 Melodien. 10.45 Hörspiel. 11.45 Haus und Heim. 12.00 Musik. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Musik. 13.00 Nachrichten. 13.15 Stimme Amerikas. 13.30 Musik 13.45 Poln. Programm. 14.00 Schulfunk. 14.30 Weisen. 15.00 Neue Bücher. 15.15 Hausmusik. 15.30 Suchdienst. 16.00 Pause. 17.00 Musik. 18.00 Nachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Musik. 18.45 Sport. 19.00 Parteien diskutieren. 19.30 Echo des Tages. 19.45 Gegen menschliche Leiden. 20.00 Nachrichten. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Programmvorschau. 20.35 Musik. 21.00 Zum Feierabend. 22.00 Stimme Amerikas. 22.15 Stimme Amerikas (Magazin). 22.30 Abendkonzert. 23.00 Nachrichten. 23.15 Tanzmusik. 23.30 UNRRA-Suchdienst.

Samstag, 3. August: 6.12 Ansage, Choral. 6.15 Musik. 6.30 Nachr., Wetter. 6.45 Gymnast. 7.00 Melodien. 7.15 Stimme Amerikas (Magazin). 7.30 Melodien. 8.00 Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände. Musik. 8.30 Kleine Barmusik. 9.00 Pause. 10.00 Schulfunk. 10.30 Amerikanische Weisen. 10.45 Konzert. 11.30 Landfunk. 12.00 Musik. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Musik. 13.00 Nachrichten. 13.15 Stimme Amerikas. 13.30 Musik. 13.45 Poln. Programm. 14.00 Volksmusik. 14.30 Auskunft, bitte — 15.00 Suchdienst. 15.25 Musikalisches Vorwort. 15.30 Die Zauberflöte. 18.00 Nachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Templinsextett. 18.45 Rechtsfragen des Alltags. 19.00 Wirtschaftsfragen. 19.15 Margit Humbrecht singt. 19.30 Echo des Tages. 20.00 Nachrichten. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Programmvorschau. 20.35 Rund um die Stadt. 21.00 Bunte Stunde. 22.00 Stimme Amerikas. 22.15 Stimme Amerikas (Magazin). 22.30 Tanzmusik. 23.00 Nachrichten. 23.15 Musik. 23.30 UNRRA-Suchdienst.

Mit oder ohne Marx?

Zu dieser Kardinalfrage unserer neu zu schaffenden Gesellschaftsordnung nahmen, auf Einladung des Heidelberger „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands", am 18. 7. 46 die Herren Dr. Mitscherlich, Prof. Dr. Weber, Dr. Agricola und Dr. Hauser in einer öffentlichen Diskussion Stellung.

Um gleich die abschließende Ansicht der vier Herren, die sich zweifellos mit der gesamten Zuhörerschaft deckte, vorwegzunehmen: mit Marx. Sehen wir doch in ihm mit vollem Recht den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, ohne welchen eine neue Gesellschaftsordnung nun einmal nicht möglich ist.

Der Referent des Abends, Herr Dr. Mitscherlich, gab einen kurzen historischen Ueberblick über die Frage des Sozialismus, die kaum jemals eine so brennende war wie heute. Ausgehend vom kommunistischen Manifest zeigte er die mannigfaltigen Entwicklungsstufen des Sozialismus und ihre Wirkungen auf. Im ganzen gesehen, waren seine Ausführungen eine äußerst glückliche und tiefgreifende Einführung in die soziologischen Gedanken unserer Tage, aufbauend auf der ökonomischen Grundlage einer historischen Situation, die einen Sozialismus zwangsläufig erfordert. Er bezeichnete in der Fortführung dieses Gedankens den Sozialismus als ein „Stilelement" unserer Zeit, bedingt durch die seit einem Jahrhundert anwachsende Massierung der Industrie und Technik und daraus resultierend, eine Massierung des sozialen Lebens.

Nach dem Referenten ergriff Prof. Dr. Weber als erster Diskussionsredner das Wort um, wie er selbst sagte, im Prinzipiellen die Ausführungen seines Vorredners zu unterstreichen. Daß es in Europa keinen Sozialismus ohne Marx gibt, nahm auch er als Grundlage seiner Darlegungen an. Er kam nun zu der so außerordentlich entscheidenden Frage: Sollen wir Marx und seine Lehre dogmatisch verstehen und scholastisch interpretieren oder historisch betrachten? Daß wir die Postulate seiner Lehren historisch auffassen, hält Weber für einzig möglich, dabei vor allem auf den Unterschied des dauernd Gegebenen zum zeitlich Gebundenen hinweisend. Sozialismus, so meinte der Sprecher, hat seine eigene, nur schwer vorherzubestimmende Entwicklung und deshalb konnte Marx auch nicht jenen Kampf oder zumindest jene Gegensätzlichkeit ahnen, die heute durchaus nicht als gering bezeichnet werden kann: hier der freie Sozialismus, dort der staatliche Sozialismus. Weber verwahrte sich auf das Entschiedenste gegen eine Verstaatlichung des Sozialismus, ja bezeichnet sogar denjenigen Sozialisten, der auf dem Wege der Verstaatlichung weiterschritte, als „Totengräber des freien Sozialismus."

Noch einmal kurz die historischen Grundlagen des Sozialismus von Marx streifend, nannte Dr. Agricola als die drei hauptsächlichsten Komponenten der Lehre die „klassische deutsche Philosophie", die „klassische englische Oekonomie" und die „klassische französische Revolutionslehre". Als Basis der daraus resultierenden Marx'schen Lehre, nahm er den philosophischen Materialismus an, und betrachtet den Sozialismus nach seiner Verwirklichung als größtes sittliches Programm und nicht wie Mitscherlich, in einzelnen Stufen stilisierend. Agricola bejaht die Frage des Klassenkampfes, da seiner Ansicht nach sonst immer eine Auslieferung der niederen an die gehobene Klasse erfolgt, und glaubt, daß ohne Klassenumgestaltung ein gemeinsamer Untergang unausbleiblich ist. Er forderte die Herrschaft des Arbeiters im Staatsapparat und vertrat die Ansicht, daß der Arbeiter als Machthaber die sicherste Waffe gegen Diktatur ist. Er sah die Verwirklichung des freien Sozialismus, der seiner Meinung nach nicht am Anfang, sondern am Ende steht, erst in einer klassenlosen Gesellschaft.

Als letzter der drei Diskussionsredner ergriff Pfarrer Dr. Hauser das Wort. Er versuchte nachzuweisen, daß Marx gegenüber der ideologischen Welt des Christentums, dessen Verbürgerlichung er partiell zugab, in den geistigen Irrungen seiner Zeit verhaftet sei. Sah sein Vorredner die Durchführung des Sozialismus nur darin, daß nach erfolgtem Klassenkampf der Arbeiter das Instrument der Macht in Händen hält, betonte Hauser, daß mit dem Eintreten dieses Zustandes kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt erzielt werde, da auf diesem Wege keine klassenlose Gesellschaft, sondern nur eine machtmäßige Umschichtung innerhalb der Gesellschaftsordnung erreicht sei. Wohl gesteht er der Marxschen Lehre zu, daß ohne sie kein Sozialismus unserer Zeit denkbar ist, bestreitet jedoch die Ausschließlichkeit und das Alles-Einschließende dieser Lehre. „Ist der Mensch", so fragte Hauser, „nichts anderes als nur ein Element der Natur, wo aber bleibt dann der freie Wille, der Geist und seine Entwicklung?" Hauser bezeichnete als höchste sittliche Erkenntnis unserer Selbst jene innere Freiheit, die der Einsicht aus der Gebundenheit des einzelnen in die Gemeinschaft entspringt.

Im Schlußwort stellte Dr. Mitscherlich in kurzen Worten fest: die Demokratie erfordert eine Staatsgesinnung und eine Parteigesinnung. „Die eine", so sagte er „wollen wir hören, die andere sollen wir hören." Jürgen Kieser.

Das Wunder

Aufgezeichnet von O. P. Ülzen

Personen: Die drei Musketiere.
Der Beherrscher der Gläubigen.
Ort: Das verschweigen wir.
Zeit: Da müssen Sie raten!

Erster Musketier: „Ich möchte gern eine Bezugsmarke ..."

Beherrscher der Gläubigen: „Sind Sie Flüchtling?"

„Jawohl, Herr . . .!" „Das ist gut. Sind Sie auch Bürger der Stadt?" „Jawohl, Herr . . .!" „Das ist sehr gut. Seit wann?" „Seit November 45!" „Das ist schlecht!" „— — — — — —?" „Bezugsmarken gibt es nur für Flüchtlinge, sofern sie schon vor dem 1. Mai 45 hier ständig ihren Wohnsitz hatten."

Erster Musketier: „Aha!"

*

Die drei Musketiere: (beraten sich)
Der zweite sagt: „Andersrum!"

*

Zweiter Musketier: „. . . und ich bin Bürger der Stadt und wohne hier schon seit dem 15. Januar 45!"

Beherrscher der Gläubigen: „Dann können Sie keine bekommen!"

„— —— — — —?" „. . . denn Bezugsmarken gibt es nur für Flüchtlinge, — und das können Sie nicht sein, wenn Sie schon vor dem 1. Mai 45 hier wohnten. Klar?"

Zweiter Musketier: „Es wird klarer."

*

Die drei Musketiere: (beraten sich)
Der dritte sagt: „Da kann nur ein Wunder helfen!"

Dritter Musketier: „Ich möchte drei Bezugsmarken!"

Beherrscher der Gläubigen: „Wieso? Sind Sie Flüchtling?" „Nein." „Bürger der Stadt?" „Nein!" „— — — — — —?" „Der Verschleiß bei der Arbeit! — Ich bin Fleischermeister!"

*

Das Wunder: (hat schon stattgefunden)
Die drei Musketiere: (brauchen nun nicht mehr zu beraten)
Und der Vorhang: (fällt).

Woche Neuer Musik in Tübingen

Die Tübinger Kunstwochen 1946 veranstalten eine besondere Woche der Aufführung neuer Musik. Die Eröffnung bildet ein Festakt am Sonntag, den 4. August, 11 Uhr, in der Aula der Universität, wobei Professor Dr. Wilibald Gurlitt, Freiburg i. Br., über das Thema „Vom Wesen der Musik des Abendlandes" sprechen wird. Hermann Scherchen (Zürich-Bern) leitet ein Orchesterkonzert, Hubert Reichert ein Konzert für Kammerorchester. Der Musikpsychologe Dr. Julis Bahle, Konstanz, wird über die schöpferische Gestaltung in der Musik sprechen. Zur Erst- und Uraufführung gelangen Werke von Igor Strawinsky, Arnold Schönberg, Paul Hindemith, Harald Genzmer, Hugo Herrmann, Gerhard Frommel, Heinrich Sutermeister, Jean Francais, Walter Rehberg, Hans Brehme, Bruno Stürmer, Erich Ade u. a. m.

Stagma und Musikveranstalter

Die Stagma ist von der amerikanischen Militärregierung, wie in anderen Besatzungszonen von den dort zuständigen Besatzungsbehörden, ermächtigt worden, ihre Tätigkeit in der amerikanischen Besatzungszone auszuüben. Die Stagma darf das Inkasso rückwirkend vom 8. Mai 1945 an durchführen. Die Anschriften in der amerikanischen Besatzungszone lauten:

München 19, Isenburgstr. 3 (Bräustüberl); Nürnberg, Baldurstr. 21, I.; Mannheim, O 7, 28, I.; Stuttgart, Römerstr. 10; Kassel-Sandershausen, Hannoverschestr. 62.

Das Preisausschreiben über staatsbürgerliche Freiheiten abgeschlossen

Das zu Jahresbeginn in der Presse bekanntgegebene Preisausschreiben der „Ueberparteilichen Demokratischen Arbeitsgemeinschaft" Karlsruhe wurde termingemäß am 30. Juni abgeschlossen. Das Thema „Die verfassungsmäßige Sicherung staatsbürgerlicher Freiheiten in Vergangenheit und Gegenwart" wurde von 46 Einsendern bearbeitet. Die Verkündung der Preise wird Anfang August erfolgen. Das durch den Zusammentritt der süddeutschen verfassunggebenden Länderversammlungen besonders aktuelle Thema wurde vom rechts- und geistesgeschichtlichen, soziologischen und zeitpolitischen Standpunkt behandelt.

Junge Künstler stellen aus

Die künftig sich fortsetzenden Ausstellungen im kleinen Kunstraum der Kunsthandlung Armin Gräff sind als ein begrüßenswertes Bemühen zu bezeichnen, das Schaffen junger, noch unbekannter Künstler der interessierten Allgemeinheit zu unterbreiten.

Zu Beginn des Ausstellungsturnus tritt Ottomar Stawi, ein junger Künstler aus Oberschlesien, mit Aquarellen und Zeichnungen an die Oeffentlichkeit. Inhaltlich spiegeln seine Zeichnungen den stark vom Zeitgeschehen beeindruckten Menschen wider: Flüchtlingszüge, Hochöfen und Ruinen sind die vorherrschenden Motive. Maltechnisch auf einer vielversprechenden Veranlagung fußend, lassen seine Aquarelle an farbigem Sehen, Farbwahl und -Abstufung noch viel zu wünschen übrig, während die wesentlich reifere zeichnerische Note Sicherheit der Linienführung zeigt. Andererseits erfordert die nicht voll beherrschte Licht-Schattentechnik noch einen größeren Entwicklungsweg. Kompositionell sind die Zeichnungen und Aquarelle als gut durchgedacht und aufgebaut anzusprechen. Es mangelt jedoch bei der jeweiligen Betonung des Vorder- bezw. Hintergrundes an einem vermittelnden Zwischengrund.

Im großen und ganzen gesehen tritt in den Arbeiten des reifenden Künstlers ein Suchen und Drängen nach einer festen Form und Technik hervor, ein Streben, das von Erfolg gekrönt sein wird, wenn die noch nicht berechtigte Großzügigkeit und ein bisweilen auftretender Hauch von Oberflächlichkeit durch strenge Selbstkritik und -arbeit sich verdrängen und überwinden lassen. Pf.

Kulturnotizen

Prof. Dr. Eduard Brenner wurde am 20. Juli zum neuen Rektor der Universität Erlangen gewählt. Prof. Brenner hat in den letzten Jahren als außerordentlicher Professor an der Wirtschaftshochschule Nürnberg gelehrt. Vor zwei Monaten wurde er an die Universität Erlangen berufen, wo er die Aufbauabteilung einrichtete. Hauptzweck dieser Abteilung ist die Erziehung der Studenten zu demokratischer Gesinnung. Prof. Brenner ist 58 Jahre alt und gehört seit 1919 der SPD an.

Zur 300-Jahrfeier der Geburt Isaac Newtons begannen die Festlichkeiten am 15. Juli in London und Cambridge. An einer Sitzung der Königlichen Akademie der Wissenschaften in London, der Newton 25 Jahre als Präsident vorstand, nahmen über 100 Delegierte von wissenschaftlichen Akademie der ganzen Welt teil.

Der Berufsverband bildender Künstler in Schwaben wurde gegründet. Die Versammlung wählte den Maler Albert Schneller, Kempten, zum Präsidenten. DANA-Meldungen.

Wilibald Gurlitt, Freiburg i. Br., wurde an die Universität Leipzig berufen. Gurlitt ist Schüler von Hugo Riemann. Der bekannte Freiburger Musikforscher, dem im „Dritten Reich" die Lehrtätigkeit verboten war, hat zugleich einen Ruf auf den neuen Lehrstuhl für Musikwissenschaft an der Universität Marburg (Lahn) erhalten. Seine Entscheidung steht noch aus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

DAS WORT DER JUGEND

. . . der Ermordete ist schuld

Der Zusammenbruch des Hitler-Reiches brachte für uns junge Menschen auch die Befreiung von der „nazistischen Staatsjugendmaschine", die in grauer Uniformität und perfider Kollektivierung gleichsam alles eigenwillige junge Leben erdrückte, zumindest aber den Versuch dazu unternahm.

Wenn dieser nicht restlos gelang, so ist dies weniger der Unentschlossenheit des „HJ-Führerkorps", als vielmehr der jeder Jugendbewegung innewohnenden besonderen Dynamik und dem Hang der Jugend zur Opposition zuzuschreiben. Diese Neigung zur Opposition wurde noch begünstigt durch das Paradoxon, daß man den fundamentalen Grundsatz der freien Deutschen Jugendbewegung vor 1933 — wonach „Jugend von Jugend geführt werden müsse" in das Repertoire der Hitlerjugend übernahm.

Opponierten wir zunächst unbewußt — aus dem gesunden Instinkt der Jugend heraus gegen alles was Zwang heißt — so kam mit der Zahl der Jahre auch ein wachsendes Verständnis über den Wert und Unwert politischer Gepflogenheiten hinzu, was sich mitunter in offener Kritik und Auflehnung äußerte und in gerader Linie zu dem Opfergang der Geschwister Scholl führte.

Wir haben es bisher bewußt vermieden, aus diesen Tatsachen Kapital zu schlagen, und es liegt auch nicht in der Absicht des Schreibers dieser Zeilen, von dieser Haltung abzurücken. Es muß aber einmal in und mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es dann immer die angeblich „politisch erfahrenere" ältere Generation war, die jeden Auflehnungsversuch und selbst den leisesten Zweifel im Keim erstickte und mit großsprecherischen Phraseologien von „Opfer und Bereitschaft — Staatspolitischer Notwendigkeit und Treue zu Volk und Reich" abtat. Erwies sich diese Tonart als zu schwach, dann schreckte man auch nicht vor Zwangs- und Gewaltmaßnahmen zurück.

Niemals wurde die Gläubigkeit und Begeisterungsfähigkeit einer jungen Generation schändlicher und erbärmlicher mißbraucht, als dies in Deutschland in den Jahren 1933—1945 der Fall war. Niemals wurde eine Jugend tiefer in Not und Elend geführt, um dann in ihrer unverschuldeten Lage noch Hohn u. Spott zu ernten, wie dies heute geschieht.

Wo sind denn heute diese Prediger von Pflicht und Opfer? Wer etwa glaubt, daß sie sich mannhaft zu ihrer Schuld bekennen, geht mit dieser seiner Meinung weit fehl. Nichts kennzeichnet besser die — gelinde gesagt — Erbärmlichkeit dieser einstigen Demagogen (und wir verstehen nicht nur die aktiven Pg's darunter) als ihr heutiges Gebahren, indem sie mit „wortreichen Erklärungen" und „nichtssagenden Fragebogen" ihre anti-faschistische und demokratische Einstellung zu beweisen versuchen.

Wohin wir auch schauen mögen, wir finden zwar überall die alten Gesichter, aber auch nur noch Demokraten reinsten Wassers vor. Aber Nazi?! (Gott bewahre . . . nie in der Partei gewesen . . . d. h. man mußte . . . aber . . . na, Sie wissen ja . . .!) Unser Franz Werfel hatte mal wieder Recht behalten, „nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld" und so wurden wir über Nacht zu aktiven Nazis gestempelt. (Nun, jemand muß es ja gewesen sein . . . schon wegen der Entnazifizierung . . und . . wer sollte sonst umerzogen werden?)

Man spricht und schreibt heute so viel über die geistig-seelische und materielle Not der Jugend (die Haare sträuben sich einem mitunter ob der vertretenen Kurzsichtigkeit), aber die wahre Wurzel dieses Uebels (denn ein solches ist es) erkennen nur wenige und bestätigen somit als Ausnahmen die Regel. Doch muß nun einmal reiner Tisch gemacht werden.

Wir lehnen eine Kollektivschuld der deutschen Jugend kategorisch ab!

Wir bekennen uns wohl zu einer Solidarität der Not, niemals aber zu einer solchen der Schuld!

Was wir fordern ist die endgültige Rehabilitierung des ganzen jungen Deutschland, mit Ausnahme derer, die sich als Angehörige des HJ-Führerkorps der Beihilfe schuldig machten oder sonstwie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen!

Indem wir eine Jugend frei von Schuld proklamieren, begründen wir unseren Zukunftsweg, aufgebaut auf unserem Bekenntnis zu Volk, Heimat und Demokratie, zu einem neuen Deutschland!

Hermann Singer, Karlsruhe.

Das Ziel der Jugenderziehung

Alle Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens müssen, wie der Vertreter des staatlichen Erziehungsausschusses, Dr. William G. Carr, auf der Konferenz der amerikanischen Erziehungsgesellschaft NEA (National Education Association) in Buffalo erklärte, solange ergebnislos bleiben, bis die Jugend aller Nationen gelernt hat, gegenseitig ihre Rechte und Verantwortungen anzuerkennen.

Die Konferenzmitglieder forderten den Kongreß der Vereinigten Staaten auf, der UNESCO beizutreten „Die UNESCO allein hat die Mittel in der Hand", sagte Dr. Carr, „die unentbehrliche Grundlage für Frieden und Sicherheit zu bilden". Mehrere Sprecher verlangten, daß die UN und UNESCO als Lehrgegenstand in den Unterrichtsplan aufgenommen werden sollten.

Als erster Schritt zur Erhaltung eines dauernden Weltfriedens wurde die Schaffung allgemeiner Geschichts- und Erdkundelehrbücher empfohlen, um Vorurteile und Mißverständnisse auszuschalten. Ein Ausschuß von 15—20 ausgezeichneten Historikern der bedeutendsten Nationen soll eine gerechte und unparteiische Darlegung der Geschehnisse in allen Ländern geben.

Weitere Fragen des Erziehungswesens von internationaler Bedeutung sollen auf der zweiwöchigen Weltkonferenz der Vertreter des Lehrberufs erörtert werden, die am 17. August in Endicott, New York, von der amerikanischen Erziehungsgesellschaft NEA zusammengerufen wird. Abgeordnete von 30 Staaten werden beraten, wie Lehrer und Erzieher für das internationale Verständnis und den Weltfrieden eintreten können. Die Delegierten werden Richtlinien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Schulwesens entwickeln und eine internationale Erziehungsorganisation vorbereiten, die mit der UNESCO zusammenarbeiten soll. (DANA)

Förderung der deutschen Jugendbewegung

Frankfurt a. M., 31. Juli. (DANA) Die Förderung des Programms zur Unterstützung deutscher Jugendbewegungen wird der Inhalt einer Konferenz amerikanischer Beamter der Militärregierung und Offiziere der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte sein, die nach Mitteilung des amerikanischen Hauptquartiers auf Befehl Josef T. McNarneys, des Oberbefehlshabers der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte vom 7. bis 9. August in Frankfurt stattfindet.

Zu den 22 Hauptpunkten der Konferenz, die zur Diskussion stehen werden, gehören die Methode der Zusammenarbeit mit deutschen Jugendgruppen, das Problem eines Zusammenschlusses der Jugendgruppen untereinander, die Zusammenarbeit und die Uebereinstimmung der Pläne der Militärregierung und der militärischen Befehlsstellen, um die Wirksamkeit der deutschen Jugendbewegung durch Zuteilung von Büchern, durch Filmvorführungen, Errichtung von Jugendherbergen, durch Zuteilung von Sportgeräten und ähnlichen zu verbreitern.

Jugendklubs, ähnlich den amerikanischen Rote-Kreuz-Klubs, sollen an allen größeren Orten der amerikanischen Zone eingerichtet werden.

DIE WIRTSCHAFT

Wiedereröffnung der Mannheimer Produktenbörse

Durch Erlaß des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Baden wurde die Wiedereröffnung des „Amtlichen Großmarktes für Getreide und Futtermittel" unter der Bezeichnung „Mannheimer Produktenbörse" genehmigt. Als Staatskommissar für die Mannheimer Produktenbörse wurde Herr Präsident Keidel vom Landesbezirk Baden Abt. Wirtschaft, Ernährung und Verkehr — Landesernährungsamt — bestellt. Weiter wurde ein einstweiliger Börsenausschuß gebildet, dem außer dem Staatskommissar Keidel noch folgende Herren angehören:

Direktor Schunk, Fa. Pfälzische Mühlenwerke Mannheim, Robert Margulies, Südd. Getreide- und Produktenhandelsgesellschaft Mannheim, Direktor Sauer, Fa. Rheinschiffahrt Fendel, Mannheim, Steißlinger, Arbeitsgemeinschaft der Mehlgroßverteiler Mannheim, Karl Bühler, Landwirt in Mannheim-Seckenheim, Freiburgerstraße 33.

Der einstweilige Börsenausschuß ist beauftragt, die Neuorganisation der Mannheimer Produktenbörse in Mannheim durchzuführen, eine neue Satzung auszuarbeiten und nach dieser die ordnungsmäßige Wahl des Vorstandes und des Geschäftsführers herbeizuführen. Zum kommissarischen Geschäftsführer wurde Rechtsanwalt Hans Degerdon, z. Zt. beim Getreidewirtschaftsverband Nordbaden in Karlsruhe, ernannt.

Zur wirtschaftlichen Neugestaltung

Zu den im Verfassungsentwurf vorgesehenen Bestimmungen über die wirtschaftliche Neugestaltung sagte am 19. Juli in der verfassunggebenden Landesversammlung Bürgermeister Kaufmann, Ettlingen, namens der CDU folgendes:

„Die großen Gesichtspunkte: Anerkennung des Privateigentums, Recht staatlicher Wirtschaftsplanung, Recht zur Verstaatlichung von Betrieben, wo sich eine solche als im Gemeininteresse notwendig erweist, sind ja, wenn auch unvollkommen, im bisherigen Entwurf zum Ausdruck gebracht. Dagegen ist der Begriff Wirtschaftsdemokratie kaum angedeutet. Der Artikel 6 des Verfassungsentwurfes legt ausdrücklich die Gewährleistung des Schutzes des Privateigentums fest.

Es mag sehr wohl sein, daß die Schaffung eines staatlichen Wirtschaftsorganismus einer ins Uebertriebene gesteigerten Staatsmaschine oder einem imperialistischen Kriegsapparat weit dienlicher ist, als die privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft. Eine solche staatliche Wirtschaftsorganisation kann also ebenso schnell zum Tode einer Demokratie führen wie eine Privatwirtschaft, die sich in zusammengeballter Uebermacht zur Herrin des Staates macht, durch Finanzierung seiner politischen Strömungen seine Politik beeinflußt und das Leben und die Interessen des Volkes außer acht läßt.

In einer natürlich entwickelten Wirtschaft wird die Privatinitiative immer die wesentlichste wirtschaftliche Kraftquelle bleiben müssen. Mit dem Wort „Provitwirtschaft" kann man die Privatwirtschaft nicht abtun! Und daß eine verstaatlichte Wirtschaft in der Regel wirtschaftlich vorteilhafter arbeiten könne, das wird kein Mensch ernsthaft zu behaupten wagen.

Der wirtschafts„führende" Beamte ist mir ein Greuel! Wir sollten in dieser Hinsicht von den Experimenten des vergangenen Jahrzehnts ausgiebig genug haben. Wäre nicht alles von Wirtschaftslenkung praktisch auf Kriegsvorbereitungen abgestellt gewesen, und hätte unsere deutsche Wirtschaft in diesen Jahren im freien Wettbewerb mit der der anderen Völker gestanden, so hätte sich der Mißerfolg staatlicher Wirtschaftsführung noch krasser gezeigt. Andererseits wird diese Zeit der Not auf allen Gebieten zu einer Wirtschaftsplanung und -lenkung durch die Staatsorgane oder durch die von ihnen beauftragten Körperschaften führen, ohne die auszukommen nicht möglich ist. Darum kann uns auch der Begriff der „freien Wirtschaft" heute nichts nützen und ist fehl am Platze, wenn man ausreichende Denkarbeit an die Tagesprobleme anzuwenden bereit ist.

Ein Staat, in dem die Zahl der Besitzlosen ins Abnorme gewachsen ist, kann natürlich unmöglich der Willkür oder dem ausschließlichen Einfluß privater Wirtschaftler diesen Wiederaufbau und die grundsätzliche Wirtschaftslenkung überlassen. Er muß viel mehr selbst mit Hand anlegen und vor allem dabei auf die Wahrung des Gemeinwohls bedacht sein. Und ein Staat, der außerdem zum zweiten Male erlebte, daß eine gedanken- oder skrupellose Staatsführung zuließ, daß eine kleine, aber finanzkräftige Clique von Kriegsgewinnlern eine parteipolitische Bewegung finanzierte, um einen Wahnsinnskrieg anzuzetteln und daran zu profitieren, während Staat und Volk dabei zugrunde gingen und Millionen für eine Chimäre in den Tod geschickt wurden, muß für sich das Recht und die Pflicht in Anspruch nehmen, die Wiederholung solchen Schicksals zu verhindern.

Aus den gleichen Motiven heraus muß auch das Problem der Verstaatlichung der Betriebe gelöst werden, d. h. dort, wo die Interesssen oder wo die Gefährdung des Gemeinwohles eine solche Maßnahme erfordern. Hierbei soll vorhandener wirklicher Privatbesitz durch angemessene Entschädigung abgegolten werden, soweit solcher der Arbeit der Besitzerfamilie entsprang. Bei der Bemessung von Entschädigung muß aber gleichzeitig jede unnormale Schwächung des Betriebes vermieden und vor allem daran gedacht werden, daß in solchem Betriebswert auch der Arbeitsertrag von tausenden werktätiger Hände ebenso steckt wie die Arbeit des Unternehmers.

Zusammengefaßt: Sozialisiert wird nicht aus Grundsatz, oder auf Grund eines starren Parteiprogrammes, sondern dort, — nur dort —, wo das Staatsinteresse oder die Staatssicherheit das erfordert ,oder wo die Erzielung höherer Wirtschaftlichkeit durch öffentliche Bewirtschaftung erwiesen werden kann.

Das gleiche trifft auch auf das Problem der Wirtschaftsdemokratie und der Sozialpolitik zu. Ob es nun dem einen oder andern paßt oder nicht — der Einbau des Einflusses der Arbeitnehmer auf die künftige Wirtschaftsgestaltung muß geschehen, und seine Verwirklichung muß ehrlich gewollt und angestrebt werden. Die kurze diesbezügliche Verfassung im Vorentwurf über „Teilnahme der Arbeitnehmer an der Verwaltung der Betriebe" ist unzureichend und mißverständlich. Daß das auch bei den Sozialdemokraten empfunden wird, ist erfreulich. Herr Kollege Veit hat ja schon dargetan, daß es sich um die grundsätzliche Wirtschaftsführung handeln muß und nicht um ein Durcheinanderbringen der praktisch einzelnen Betriebsführung.

Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Arbeitnehmer vor allem teilnehmen an der grundsätzlichen Wirtschaftsgestaltung.

Die Wege dazu sind paritätisch zusammengesetzte und mit klaren Befugnissen ausgestattete Wirtschaftskammern, ein endgültiges, klares Betriebsrätegesetz, ein planmäßiger Ausbau des Genossenschaftswesens und parteipolitisch unbedingt freie Gewerkschaften, die zunächst die wirtschaftliche Schulung ihrer Mitglieder in den Vordergrund ihrer Aufgaben stellen. Auch bei der Erwähnung der Verpflichtung zur Sozialversicherung muß klar herausgestellt werden, daß die demokratischen Grundsätze auch in der Sozialversicherung praktisch zum Ausdruck kommen müssen. Eine Versicherungsreform, die noch nicht einmal eine einwandfreie Vertretung der Versicherungsträger, d. h. Unternehmer und der Gruppen der Versicherten herausstellt, erscheint für uns untragbar.

In dem Ausbau einer neuen Sozialversicherung muß gründliche Arbeit geleistet werden. Lieber soll zunächst eine primitive Ueberbrückung zur Behebung der größten Augenblicksschwierigkeiten geschaffen werden, als daß ein einseitiger Entwurf zur Annahme gelangt, der alles gewesene kurzerhand über den Haufen wirft, selbst aber den Stempel der Improvisation an der Stirn trägt."

Produktionsentwickelung in der US-Zone

Dem Wochenbericht der amerikanischen Militärregierung vom 13. bis 20. Juli entnehmen wir:

Die Erzeugung an Roheisen belief sich auf 5100 t, an Barrenstahl auf 4900 t, während die Erzeugung an Fertigstahl mit 3900 t fast unverändert blieb. Aus zerstörten Militärflugzeugen in der amerikanischen Zone wird sich genügend Aluminium bergen lassen, um den Zivilbedarf der amerikanischen Zone für etwa zwei Jahre zu decken, heißt es in dem Bericht weiter. Sachverständige der amerikanischen Militärregierung schätzen, daß in den zerstörten Flugzeugen etwa 10 000 t Aluminium enthalten sind. Diese Menge, zusammen mit den sonstigen Vorräten in Höhe von etwa 20 000 t, wird den Friedensbedarf an Aluminium der amerikanischen Zone Deutschlands für etwa fünf Jahre decken. Die Erzeugung von Neu-Aluminium ist in Deutschland bekanntlich verboten.

Im Monat August sollen rund 1000 t Rohteer und etwa 1400 t Teernebenprodukte aus der britischen Zone in die amerikanische Zone eingeliefert werden. Die Rückgewinnung von Benzin aus deutschen Fliegerbrandbomben wurde aufgenommen. Man schätzt, daß aus einer Menge von 2 250 000 Liter Brandbomben-Flüssigkeit rund 75 Prozent Benzin zurückgewonnen werden kann.

Um die ernste Knappheit an Zement im amerikanischen Sektor Berlins zu beheben, ist beabsichtigt, 400 t Zement aus der amerikanischen Zone Deutschlands nach Berlin zu verladen. Diese Menge ist für den Wiederaufbau öffentlicher Gebäude bestimmt.

Dem Mangel an Schuhwerk soll abgeholfen werden, indem aus Exporten eine Teilmenge Schuh-Oberleder für 500 000 Paar Schuhe abgezweigt werden.

Für die Ausstellung der neuen Kennkarten für die deutsche Zivilbevölkerung wird Papier aus der britischen Zone eingeführt. Täglich werden etwa 120 000 Kennkarten hergestellt. (DANA).

Württemberg-Badens Ausfuhr. Württemberg-Baden hat nach dem Wochenbericht des Büros für Interzonen- und Außenhandel der amerikanischen Militärregierung in der Woche vom 16. bis 23. Juli landwirtschaftliches Gerät und zwei Druckerpressen im Wert von 24 440 Dollar nach Dänemark ausgeführt. Das Interesse ausländischer Firmen erstreckt sich auf Druckmaschinen, Uhrmacherwerkzeuge, Photochemikalien und Märklin-Spielwaren. Anfragen kamen aus England, Frankreich und Belgien. Im gleichen Zeitraum wurde im Werte von 1 198 088 Mark in die französische Zone, in die brittische Zone für 2 077 140 Mark und in die sowjetische Besatzungszone für 196 384 Mark exportiert. (DANA)

Heinrich Lanz, Mannheim. Die Werke stellen gegenwärtig 25-PS-Ackerschlepper mit Gummi- und Eisenbereifung her. Außerdem werden Dreschmaschinen aus Stahl, sowie Heu- und Strohpressen und eine große Anzahl von Ersatzteilen erzeugt. Das Werk beschäftigt rund 2700 Angestellte und Arbeiter. (DANA)

Dividenden-Erklärungen. Die Aktienbrauerei Ludwigshafen schlägt für das am 30. September 1943/44 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 6 Prozent vor. — Die Ludwigshafener Walzmühle AG hat die Verteilung von 4 Prozent Dividende für das Geschäftsjahr 1942 beschlossen. (DANA)

Henschel u. Sohn in Kassel. Die Firma konnte, wie das großhessiche Wirtschaftsministerium mitteilt, von 20 in Arbeit befindlichen Lokomotiven fünf Maschinen fertigstellen. (DANA)

Volkswagenwerk Fallersleben. Das Werk wird im August seine Produktion noch erhöhen. Diese Produktionssteigerung muß vorerst nur den deutschen Behörden und erst in zweiter Linie den übrigen Interessenten zugute kommen. (DANA)

Metallauslieferungsscheine für den Bezug von Fertigwaren. Für den Bezug von Fertigwaren aus Eisen oder Metall ist in der US-Zone die Ausstellung von Eisen- oder Metallauslieferungsscheinen erforderlich. Die Ausgabe dieser Auslieferungsscheine erfolgt ausschließlich durch die zuständigen Bezirkswirtschaftsstellen. Die Auslieferungsscheine sollen den Bezug von Fertigerzeugnissen aus Eisen, Stahl und anderen Metallen im Verkehr zwischen den Ländern der amerikanischen Besatzungszone regeln. Sie berechtigen zu keiner Sonderzuteilung von Materialkontingenten durch die Landeswirtschaftsämter. (DANA)

Bewirtschaftung von Nichteisenmetallen. Durch eine Anordnung des Landeswirtschaftsamtes für Groß-Hessen sind die Vorschriften für die Bewirtschaftung von Nicht-Eisenmetallen geändert worden. Bei dem Bezug und bei der Lieferung von Fertig-Erzeugnissen aus Eisen, Stahl und Metallen innerhalb der amerikanischen Besatzungszone ist danach kein Auslieferungsschein mehr erforderlich. Die Hersteller von Fertig-Erzeugnissen in der amerikanischen Besatzungszone sollen im Rahmen der zugeteilten Kontingente alle Verbraucher der drei Länder anteilmäßig beliefern, sofern über die Verteilung bei einzelnen Fertigwaren von den zuständigen Bewirtschaftungsstellen keine besonderen Anordnungen erlassen worden sind. Das Landeswirtschaftsamt empfiehlt den Herstellern von Fertig-Erzeugnissen aus Eisen, Stahl u. Metallen, entsprechend ihrem früheren Absatz nach den drei Ländern die bei ihnen eingehenden Aufträge auszuführen. Der Bezug und die Lieferung von Nicht-Eisenmetallen und Nichteisenhalbfabrikaten im Verkehr zwischen den Ländern der amerikanisch besetzten Zone ist dagegen nur gegen Auslieferungsschein zulässig.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Familien-Nachrichten

Arthur Lucas, Kfm., m. üb. all. gel. Mann, uns. herzensg. Vater, ist a. 17. 4. 45 im 40. Lebensj. b. Bombenangriff a. Schwandorf/Bay. ums Leben gek. Magda Lucas und Söh. Horst u. Dieter, u. Ang. Khe., Weinbrennerstr. 58.

Ihre Verlobung geben bekannt: Gretel Demmler — Helmut Kolb, stud. jur. Tübingen, Rappstr. 44. Bretten. 28. 7. 46.

Als Verlobte grüßen: Ingeborg Heywinkel, Hamburg — Hans König, Karlsruhe.

Ihre Vermählung geben bekannt: Josef Thomaier, Pol.-Beamter, und Liselotte Thomaier geb. Schneider. Karlsruhe, 3. August 1946, Artilleriestraße 1.

Ihre Vermählung geben bekannt: Berthold Bornhäußer — Wilma Bornhäußer geb. Kratt. Bretten, Melanchthonstr. 108.

Wolfram — Die glückl. Geburt eines Sohn. z. hocherfr. an: Hans Stalling u. Frau Marianne. 29. 7., Graf-Rhena-Str. 4.

Veranstaltungen

Gloria-Palast, Rondellplatz. Bis einschl. 2. 8. 1946: Sergeant Berry". Ein Hans-Albers-Film. Benützen Sie den Vorverkauf von 10—12 Uhr für den gleichen und folgenden Tag. Beachten Sie unsere Sondervorstellung um 13.00 Uhr täglich. Beginn: 13.00, 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr.

Palast-Lichtspiele, Herrenstr. 11: Ab 27. Juli wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5. (Durlacher Tor): „Du warst nie berückender". Heute letzter Tag. Ab Freitag, 2. 8. 46: „Stolz und Vorurteil". Eine reizende Gesellschaftskomödie von Liebe und Glück. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Achtung! **Vom 3. bis 8. 8. 46, jeweils 13.30 Uhr, große Märchenvorstellung:** „Der kleine Däumling", ein entzückender deutscher Märchentonfilm für alle. Karten im Vorverkauf.

Rheingold, Rheinstraße 77, Ruf 6283, **tägl. 13 und 15 Uhr.** Nur noch heute und morgen der Abenteuerfilm „Nacht im Hafen". Ab Samstag „Sergeant Berry" mit Hans Albers. Jugendliche zugelassen.

Metropol, Neckarstraße 32. Tägl. 15.00, 17.30, 20.00 Uhr: „Was Geld kaufen kann". Ab Freitag: „Du warst nie berückender". Vorverkauf 11—12 Uhr. Tel. 951.

M.T. in K.-Durlach. Heute letztmals: „Sie trafen sich in Moskau". Der russische Liebesfilm in deutscher Sprache. Ab morgen: Ein spannender Abenteuerfilm: „Nacht im Hafen" mit Jean Gabin und Ida Lupino. Beginn: 3.15, 5.30, 20.00 Uhr.

Kali in K.-Durlach. Heute letzter Tag: „Was morgen geschah". Ab morgen: Ein amüsantes Lustspiel: „Sprechstunde für Liebe". Liebeskummer, Ehesorgen, Eifersucht. Beginn: 3.45, 6.00, 8.30 Uhr. **Heute letzte Märchenvorstellung:** „Kalif Storch" und „Der Geisterkönig". Beginn: 2.30 Uhr.

Skala in K.-Durlach, Pfinztalstr. 92a, Ruf 160, tägl. 16.00, 18.15 u. 20.30. Nur noch heute der russische Spitzenfilm „Sie trafen sich in Moskau". Ab Freitag „Nacht im Hafen". Jugendliche zugelassen.

Cabarett Just, Kaiserstr. 91, vom 1. bis 15. August Betriebsferien! Die Gaststätte bleibt geöffnet. Mittag- und Abendessen-Ausgabe, gute bürgerliche Küche.

Gastspieldirektion Heinz Hoffmeister. „Triumph der Heiterkeit". Ein Meisterabend froher Unterhaltung mit ersten Kräften des Varietés. Zwei Stunden Jubel, Trubel, Fröhlichkeit! Samstag, den 3. August, 20 Uhr, Stadthalle Ettlingen. Montag, den 5. August, 19.30 Uhr, Festhalle Durlach. Karten zu 2 bis 5 RM in den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse (siehe Anschlagsäulen). Nach Schluß der Vorstellung in Durlach Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

Amtliche Bekanntmachungen

Gemeindesatzung (gen. d. d. LdDirekt. d. I. a. 17. 7. 1946): 1. Die Stadtverwaltung wird geleitet durch den Oberbürgermeister und drei stellvertretende Bürgermeister. 2. Der Oberbürgermeister und die stellvertr. Bürgermeister sind hauptamtlich tätig. Karlsruhe, den 21. Juni 1946. Im Auftrag des Stadtrates: Der Oberbürgermeister.

Wahl des Landrats für den Landkreis Karlsruhe. Der Landrat für den Landkreis Karlsruhe wird demnächst durch den Kreistag nach den Vorschriften der Kreisordnung v. 7. März 1946 (Amtsblatt des Landesbez. Baden S. 134 ff) auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wählbar als Landrat sind alle deutschen Staatsangehörigen, wenn sie das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, sofern sie nicht nach § 7 des Gesetzes Nr. 32 über die Verwaltung und Wahlen in den Gemeinden vom 10. Januar 1946 (Amtsblatt der Landesverwaltung Baden S. 34 ff) vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Nicht wählbar sind außer den vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personen (siehe § 7 des Gesetzes über die Verwaltung und Wahlen in den Gemeinden vom 10. 1. 1946) auch alle nach dem 30. 4. 1937 in die NSDAP eingetretenen Parteimitglieder. Die Stelle des Landrats wird hiermit zur Bewerbung öffentlich ausgeschrieben. Die Bewerbungen sind spätestens bis zum 20. 8. 1946 unter Beifügung eines politischen Fragebogens in deutscher und englischer Fertigung, sowie eines ausführlichen Lebenslaufs ebenfalls in deutscher und englischer Fertigung beim Landrat — Landkreisselbstverwaltung — Karlsruhe in Ettlingen, altes Schloß, einzureichen. Ettlingen, den 27. Juli 1946. Der Landrat.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Leonhard Reiffenstein, Zivilingenieur in Karlsruhe, Moltkestr. 71, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Umhauer in Karlsruhe als Prozeßbevollmächtigten, **klagt gegen den Tanzlehrer Richard Allegri**, früher in Karlsruhe, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund unerlaubter Handlung auf Zahlung von 6420 RM und Feststellung zum Ersatz des weiteren Schadens. Der Beklagte wird hierdurch zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer I des Landgerichts Karlsruhe auf Freitag, den 27 September 1946, vorm. 9.30 Uhr, Zimmer 104, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, falls er der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 24. Juli 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Aus Handel und Industrie

Färberei Printz Aktiengesellschaft, Karlsruhe: Wir laden unsere Aktionäre zu der am Montag, dem 9. September 1946, vorm. 11 Uhr, im Notariat Karlsruhe, Kaiserstr. 184, stattfindenden 46. ordentl. Hauptversammlung ein. Tagesordnung: 1. Vorlage des Jahresabschlusses mit Gewinn- und Verlustrechnung für die Geschäftsjahre 1944 und 1945, nebst Berichten des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Beschlußfassung über die Verwendung der Reingewinne 1944 und 1945. 3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Neuwahl des Aufsichtsrates. 5. Wahl des Abschlußprüfers. Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung gemäß § 14 der Satzungen teilnehmen wollen, müssen ihre Aktien spätestens am dritten Tag vor der Hauptversammlung bei der Geschäftskasse, bei der Badischen Bank, Karlsruhe, bei einem deutschen Notar oder bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaftskasse einzureichen. Stimmkarten werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt. Karlsruhe, den 27. Juli 1946. Der Vorstand: gez. Dolde.

Aerzte

G. Schwall, Heilpraktiker, Karlsruhe, Kriegsstraße 75. Täglich 4—6 Uhr, außer Mittw. u. Samstag. Sonst nach Vereinbarung.

Verloren / Gefunden

Hellbr. Lederbrieft. m. uners. Pap. verl. Um Rückg., wenigst. d. Pap., wird drgd. geb. Gute Belohn. Heitz, Karlsr., Wilhelmstraße 47.

D.-Brillantring, 2 Steine, am 29. 7., Straßenb. od. Marktballe, bis Rich.-Wagner-, Felix-Mottl-, Händelstraße verl. Geg. hohe Bel., da teures Andenk., abz. Ball, Khe., Adlerstr. 64, Ruf 195.

Schwarze Damenmütze verl. auf dem Weg Bahnhofstr., Beiertheimer Allee, Ritter-, Kriegs-, Karlstraße. Abzugeben gegen gute Belohn. Bahnhofstr. 30, part.

Lk. K.-Schuh verl. v. Hbhf. nach Grünwinkel. Frau Mauracher, Karlsruhe-Grünwinkel, Durmersheim. Str. 74

Sonnenbrille mit opt. Gläsern a. 26. 7. verl. Abz. g. Bel. bei Münch, Sophienstr. 28

Silb. Brosche m. gelb. Stein am 26. 6. 46 in Khe. verl. Rückgabe gegen Belohnung erbeten. Mitteilung unter 7607 an BNN.

29. 7. Hauptpostwaage, 17.30: Die Frau, die sich dort gewogen hat, wird geb., das Portem. m. Inh., ü. 50 M, gez. Leo Roß, d. ihre Vorg. hat lieg. lass., abzug. geg. Bel. Durlach. Allee 14, III.

Autoplane f. d. Nacht v. Sa. a. So. v. Forchheim n. Khe. vrl. Vor Ank. w. gew. Abz. bei Kaiser, Eckenerstr. 5.

Nummernschild für PKW-Anhänger WB 36 A 342 Ende Juni 46 zwisch. Rüppurr u. Khe. verl. Abzug. bei M. Bösinger, Schreinerei, Khe., Gerwigstraße 29.

Am Dreifalt.-So. H.-Mantel f. Ettlingen gef. Abzuh. b. J. Steuer, Ettl., Birkenweg 25.

Unterricht

Schwarzwaldschule Triberg, staatl. anerkannte Oberrealschule mit Internat. Gesunde Wald- u. Höhenlage. Sexta bis Oberprima. Abitur an der Anstalt selbst. Auskunft u. Prosp. durch die Direktion.

Zur wirklichen Beherrschung der engl. u. franz. Sprache sowie hoher Leistung in Stenographie und Maschinenschreiben durch Privatschule Lutz, Karlsruhe, Karl-Hoffmann-Str. 6. Beginn neuer Kurse!

Transporte

Möbel-, Flügel- u. Klaviertransporte sowie Transporte aller Art von u. nach Karlsruhe bes. Fachmann. Wilhelm Pfirrmann, Khe, Wattkopfstr. 32. Tel. 2959.

Umzüge aller Art, Möbellagerung, Beiladungen, Rückladungen Gg. Beck, Sped., Lagerung, Möbeltransport, Khe., Gerwigstr. 10, T. 6681

Wer beteiligt sich m. ca. 1000 kg Beiladung im Waggon nach Köln? Eilangebote Telephon Karlsruhe 8199.

Mietgesuche

25 Zimmer f. 9./10. August f. einmal. Uebernacht. v. Damen anläßl. der Veranstlt. einer Schule gegen gute Bezahlung gesucht. Angebote unter 6118 an BNN Durlach.

Heller Raum, 70—100 qm, geeignet als Werkstätte für ruhigen Handwerksbetrieb, in Karlsruhe gesucht. Angebote u. 7527 an BNN.

Garage für LKW, 3 to, in Karlsruhe zu mieten gesucht. Angebot teleph. 3515 oder 5004.

Laden mit Werkstätte, oder Werkstätte im Parterre od. Hof, für Schuhmacherei geeignet, ges., evtl. Tausch gegen Laden ohne Werkstätte. Angebote unt. 7560 an BNN.

Laden m. Nebenraum z. miet. ges. Ang. u. 7716 an BNN.

Laden mit kl. Wohnung, auch l.-beschädigt, von Buchhandlung zu mieten ges. Angeb. unt. 7715 an BNN.

Lagerraum, ca. 500—600 qm, mit kl. Büro, mögl. m. Gleisanschluß, zu mieten ges. Angeb. unt. 7712 an BNN.

Vermietungen

Fabrikations-Raum (200 qm) wird von Kaufmann bei Mitarb. geb. (Nähe Khe.). Ausführl. Zuschr. erb. unt. 7198 an BNN.

1 guter Raum, 2. St., 21 qm, als Büro sof. zu verm. Anzusehen 8—12, 14—18 Uhr. Angebote u. 6944 an BNN.

Immobilien

Alteres Transportgeschäft in größerer Stadt Süddeutschlands mit Lieferwagen und Pferdegespann inf. Krankheit sofort zu verkaufen. Angeb unt. 7190 an BNN.

Haus in Durlach od. Umgeb. zu kaufen gesucht. Angebote unter 7652 an BNN.

Bauplätze (Westbahnh.), langfristig zu verpacht. Näh. u. 7563 an BNN.

Grundstück als Lager in genehm. Baugelände, gleich welcher Lage, von hiesig. Baugesch. z. kauf. o. miet. ges. Ang. u. 7556 an BNN.

Feinkostgeschäft, größ., gutgehend, zu kaufen gesucht, Angebote unter W 5128 an WEFRA, Agentur Wiesbaden, Philippsbergstr. 2.

Bäckerei zu pachten od. kauf. gesucht. Angeb. u. W 5128 an WEFRA, Agentur Wiesbaden, Philippsbergstr. 2.

Bäckerei — Konditorei von tot. ausgebomb., tüchtig. Bäkkermeist. sof. od. spät. zu pachten gesucht. Nehme auch Stelle als Meister an. Angeb. unt. 5416 an BNN.

Bäckerei-Kondit. von tüchtig. Fachm. zu apcht. od. kauf. ges. Karlsruhe od Umgeb. Angeb. unt. 7718 an BNN.

Beteiligungen

Suche tätige Beteiligung mit 10—15 Mille Angebote u. 7544 an BNN.

Arbeit bei Beteiligung mit einigen 1000 RM sucht tatkräft. Mann, 47 J., in kl. od. mittl. sich. Unternehm. Angebote u. 7557 an BNN.

Süddeutscher, Rückkehrer aus dem Osten, kapitalkräftig, sucht tätige Teilhaberschaft oder Kauf eines soliden neuzeitlich. Unternehmens. Suchender beherrscht engl. u. franz., im Ausland erworben. Angebote unter AM 559/2 an Werbedienst Clar, Heidelberg, Hauptstraße 30.

Teilhaber, tätig od. stil, mit Einl. von 12—15 000 M. ges. Angeb. unt. 7714 an BNN.

Kaufmann, 29 J., in Reise u. Verhandl. gewandt, mit eig. Büro, sucht mit 5000—10 000 RM Beteiligung. Angebote unter 7713 an BNN.

Stellenangebote

Technisch. Kaufmann gesucht für den Außendienst eines Werkes, mit guten Beziehungen zur Industrie und Behörden, b. ausbaufähiger Stellung. Sicheres Auftreten, wenn möglich mit eigenem Wagen. Angebote unter 7585 an BNN.

Versicherungsfachm.: Kleinlebensversicherung sucht f. d. Kreise Karlsruhe, Bruchsal, Pforzheim und Rastatt einen politisch einwandfreien Fachmann, der in der Lage ist, die Führung einer Bezirksdirektion zu übernehmen u. die vorhandene Organisation weiter auszubauen. Uebertragung des Inkassobestandes ist vorgesehen. Geeign. Fachkräfte wenden sich mit Erfolgsnachweis. unt. K 1955 K an BNN.

Einkaufsvertreter: Rhein.Großhand.-Untern. (Eis.- u. Haushaltw., Werkzg. u. a.), su. tücht., ser. Einkaufsvertret., der gegf. Leitg. ein. Zweigbüros übernehm. kann. Angebote unt. 7601 an BNN.

Poliere, Maurer, Zimmerleute u. Hilfsarbeiter für sof. od. später gesucht. Jos. Krapp, Bauges. m. b. H., Karlsr., Hans-Sachsstraße 2.

Dachdecker und Hilfsarbeiter in Dauerstellung sof. ges. Angebote u 7530 an BNN.

Schuhmacher findet dauernde Beschäftigung. Mayer, Khe.-Rüppurr, Im Grün 4.

Friseurgehilfe gesucht. Angebote unter 7582 an BNN.

Perf. Damenfriseur o. Friseuse sof. ges. Damen-Salon u. Parf.-Geschäft A. Hildenbrand, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 31. Tel. 3092.

Erfahrener Kino-Techniker, pol. unbel., f. selbst. Kino-Revision u. Installation in größ. Bezirk zum sofortigen Eintritt gesucht. Ausführliche Bewerbungen unter Nr. 7538 an BNN.

Tüchtiger jüngerer Photographengehilfe sofort ges. Angebote u. 7525 an BNN.

Zuverl., ehrl. Mann, m. Erfahr. in Pack- u. Versandarbeiten, halbtgs., sof. ges. Angeb unter 7528 an BNN.

Jüng. Mann für versch. Arbeiten sofort ges. Bäckerei Ulrich, Khe., Hebelstr. 17.

Junge od. Mädel für Botengänge halbtags gesucht. Metzlersche Buchhandlung, Khe., Stefanienstr. 17, III.

Kaufmännisch-praktische Arzthilfe gesucht. Dr. J. Sucher, Bühlertal.

Friseuse, perfekt, sowie Frl. f. Manic. u. Schönheitspfl. p. sof. ges. E. Bensching, Khe., Waldstr. 37. Tel. 4711

Tüchtige Friseuse ges. Salon Wolfensperger, Khe., Karlstraße 77, Tel. 8569.

Tücht., gel. Lebensmitt.-Verkäuferin sof. ges. König, Lebensmittel, Khe., Humboldtstraße 17.

Junge Mädchen f. kunstgewerbl. Werkst. ges. Vorzustell. v. 8—10 bei Mößner, Khe., Weinbrennerstr. 56, I.

Mädchen o. Wwe, b. 40 J., f. Haush. u. Mith. i. Lebensm.-Gesch. v. alleinst. Herrn ges. Ang. u. 7553 an BNN.

Jüngere Frau od. Fräul., bis zu 35 Jahren, f. kleinere Landw. u. Haushalt (am liebsten Ostflüchtling ohne Anhang), gesucht. Angebote unter 7567 an BNN.

Ehrl., fleißig. Mädchen oder jüng. Frau für Reinigungsarbeiten im Geschäft u. als Stütze i. Haush. sofort gesucht. Gebot. wird Mittagessen u. gute Bezhlg. Blumengesch. Jul. Wittemann, Khe., Roonstraße 5.

Bedienung, ehrlich, fleiß., evtl. Anfängerin, für Bahnhofrestaurant, sofort gesucht. Angeb. unter 7586 an BNN.

Tücht. Bedienung u. fleißig. Mädchen f. Küche u. Haus nach Durlach gesucht. Angebote unter 7575 an BNN.

Unabhängige, ält. Frau, gute Köchin, zur Führung eines kinderlosen Haushaltes gesucht. Angeb. unt. 2068 an Anzeig.-Werbebüro Trunk, Karlsruhe, Karlstraße 99.

Zuverlässige Frau für den Haushalt gesucht.. Krause, Khe., Bunsenstraße 8.

Mädchen od. Frau als Stopf- u. Nähhilfe für halbe Tage gesucht. Frau Cappel, Khe., Weinbrennerstraße 52.

Zuverl. Mädchen f. Haush. u. Lad. b. gt. Beh. u. g. Lohn sof. ges. König, Lebensm., Karlsruhe, Humboldtstr. 17.

Stundenfrau ges., ein oder mehrm. wöchentl. Rohde, Khe., Ettlingerstraße 18.

Putzfrau für dreimal wöch. auf 1½ Std. ges. Angeb. an Hilfsstelle f. Donau-Schwaben, Khe., Wendtstr. 14, II.

Ehrliche u. pünktliche Putzfrau, halbtags, gesucht. Alfred Eby, Khe., Kriegsst. 99.

Stellengesuche

Kaufm. u. jurist. gewandte Persönl. m. kompl. Büroeinricht., Schrmsch., Tel.-Anschl., s. p. Wirkungskr. Angeb. unt. 7188 an BNN.

Jung. Kaufmann der Manufakturwarenbr., Kenntnisse in Buchh., Karteiw., Ein- und Verk., Kalkulat., su. Vertrauensst. i. Verk., Büro, a. Reis. od. Lager. (auch and. Br.). Ang. u. 7434 an BNN.

Jüng. Kaufm., m. umf. Fachkenntn., in d. Lack- u. Farbenbr. sucht Stellg., mögl. als Vertret. f. Farb. o. Lackfabr. o. einschl. Unternehm. Zuschr. unt. 7524 an BNN.

Vertreter für Papierbranche sucht Stellung. Lagerplatz u. 1-2 Tonnen fertiges Papier können pro Monat gestellt werden. Angeb. unter 7196 an BNN.

Handelsvertreter mit Büro u. Lager **übernimmt Vertretungen** aller Art f. d. Bezirke Bremen-Enklave, Oldenburg-Stadt u. -Land sowie Ostfriesland. Ang. unt. S. 2512 an Wilh. Scheller, Ann.-Exped., Bremen.

Dipl.-Ing. d. Kraftfahrwesens mit Führersch. Kl. 3 sucht sofort Stelle als Kraftfahrer. Angebote unter 7509 an BNN.

Selbständ. Bau- u. Möbel-Schreinermeister, mit allen Arbeiten vertr. (Entwurf, Detail-Kalkulat. etc.), sucht Posten als solcher, Stütze des Meisters od. Mitarbeit unt. Beteiligung, evtl. Betrieb (Masch.) zu pachten Angeb. unt. 2049 an Anz.-Werbebüro Trunk, Karlsr., Karlstraße 99.

Kraftfahrer su. Stelle, a. als Beif. Ang. u. 7532 an BNN.

Kraftfahrer, m. Führersch. 1, II u. III, vertr. in Reparat., Autoschloss, jahrelg. Prax , sucht Stelle als PKW- od. LKW.-Fahrer. Angebote unter 7558 an BNN.

Welche Firma verg. schriftl. Heimarb.? Schreibm. vorh. Angeb. unt. 7656 an BNN.

Norddeutscher Maurerpolier sucht Stellung. Ang. unt. 6556 an BNN Bruchsal.

Elektr.-Inst., i. all. vork. Arb. bew., auch als Autoelektr. gt. Kennt., su. s. zu veränd. Ang. unt. 7533 an BNN.

Lagerist, 46 J., gew. u. zuv., a. selbst. Arb. gew. s. St. Angeb. unt. 7654 an BNN.

Dauerstellg. a. d. Lande su. Ehep., erf. i. a. landw. Arb. u. Viehhaltg. Mann verst. auch einschl. Schlosserarbt. Wohnung Bedingung. Angeb. u. 6117 an BNN Durl.

Landwirtschaftl. Lehrstelle in anerkannter Lehrwirtschaft (kath.) auf sofort gesucht. Angeb. unt. 7508 an BNN.

Lehrstelle in Landwirtschaft f. m. Sohn, 13½ J., ges. Angeb. unt. 7511 an BNN.

Perf. Stenotypistin mit guten **Bürokenntnissen**, su. Halbtagsarbeit, evtl. mit eigener Schreibmaschine. Angebote unter 7576 an BNN.

Weibl. Bürokraft, selbst. arbeit., perf. in Steno u. Maschinenschr., gute engl. Sprk., su. sich in verantwortungsv. Wirkkr. z. veränd. Ang. u. 7448 an BNN.

Sprechstundenhilfe sucht Halb- od. Ganztags-Betätigung. Früher Op.-Schw. Angeb. unt. 7515 an BNN.

Schreibgew. Dame su. Heimarb. od. sonst. Beschäftig. Angeb. unt. 7517 an BNN.

Gelernte Verkäuferin su. Stellung, ev. Mithilfe im Haushalt. Angebote unter 7564 an BNN.

Mädchen, 37 J., mit guten, langj. Zeugn., sucht Stellung in frauenl. Haush., o. b. ält. Ehep., in n. gt. Hs. Angeb unt. 7423 an BNN.

Perf. Zimmermädel, su. Anstellung in großem Hotelbetrieb auf 1. September. Angebote unter 7534 an BNN.

17jähr. Mädchen sucht Lehrstelle bei Damenschneiderin. Nähkenntn. vorhanden. Angeb. unter 7562 an BNN.

Verkauf

Oelgemälde, versch. Mot., zu 150, 450, 600 u. 1500. Hecht, Khe., Karl-Friedrich-Str. 26.

Briefmarken: Kaufhaus Ermo, Stuttgart, Sophienstr. 22 b: Oesterreich, Landschaftssatz, 16 versch. Werte, (die ersten 12 Werte u. Ergänzungswerte 8, 25, 38, 42), RM. 13.—. Oesterreich, Landschaften, 11 Ergänz.-Werte, 8, 24, 25, 35, 38, 42, 70 Groschen, 1, 2, 3, 5 Schilling RM. 45.—. Mecklenburg, „Helft den Kindern", 3 Werte, kompl., RM. 27.—. Versand nach auswärts geg. Vorauskasse portofrei.

Raucher! Tabakfeind entwöhnt von allem Verlangen nach Tabakgenuß einfach und schnell. Viele Anerkennungen. Wichtige Kurschrift u. Kurtabletten RM. 5.— frankofrei. Interessante Schrift kostenlos. Nichtraucherdienst Broedlung, Scherfede / Westfalen.

2 Flammrohrkessel, gebraucht, 6 Atü, 100 qm Heizfläche, m. Vorwärmer, Armaturen, Rostbeschickung mit Kesselpapieren, sofort zu verk. Lagerort Augsburg. Angeb. unt. A177 bef. Ann.-Exped. Carl Gabler GmbH., Augsburg, Weberhaus.

Metallwarengroßhandel bietet an: Rasierapparate, Feuerzeuge, Knöpfe, Broschen, sowie Verschlüsse, Schnallen, Ringe und and. Zubehöre für die lederverarbeitende Industr. Zuschr. u. S.W. 5429 bef. WEFRA-Werbeges., Frankfurt a. M., Stiftstraße 2.

Imbert-Gengassätze. Der bewährte Imbert-Holzgenerator für stationären Betrieb, mit Reinigungsanlage, als komplettes Aggregat, fertig montiert, zu Motoren von 20—40 PS Leistung, kurzfristig lieferbar. Angebote durch die Generalvertretung Imbert-Generatoren-Vertrieb v. Saint André & Co., Baden-Baden, Langestraße 66.

Goliath-Dreirad-Lieferwagen, neuw., mit 90% 4fach. Bereifg., zu verk. Otto Hummel, Weingarten/Bad., Hindenburgstraße 14.

Verschiedenes

Jg. Kaufmann fährt n. Berlin u. nimmt geschäftl. u. private Aufträge entgeg. W. Käser, Karlsruhe, Baumeisterstraße 14.

Plissee-Brennerei wieder eröffnet. Liesel Bauer, Durlach, Christofstraße 8.

Fertige Umstandskleider, elegante Modelle. A. Raupp, Khe., Karlstr. 138, pt.

Reparaturen an Bäckereimaschinen übernimmt laufend Karl Herlan, Maschinenfabrik, Durlach.

Fußball-Trainer! Bekannt. Fußballspieler übernimmt das Training eines Landvereins mit evtl. aktiver Betätigung. Angebote unter 6496 an BNN.

Wer druckt Märchenmanuskript? Ang. u. 6536 BNN.

Die Materialnot wird immer drückender! Wir fördern auf legal. Wege den Austausch jeglich. technischen Materials. Technische Material-Vermittlung Frankfurt/M.-Eschersheim.

FLIT schützt Nahrungsmittel, es tötet Fliegen und andere lästige Insekten, es verhütet Seuchen. FLIT ist z. Zt. beschränkt lieferbar. Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Rasierklingen schärf. St. 5 Pg., Dauer 1 Woche w. angen. Kniel., Rheinbrückenstr. 26, Daxl., Pfalzstr. 11, Mühlb., Bachstr. 59, Sofienstr. 134, Jollystr. 23, Kriegsstr. 96, Rüpp., Rastatterstr. 99, Durl., Pfinztalstr. 28, Ettl., Kronenstr. 15. Ausw. Auftr. Kriegsstr. 96 bei Burger. Kasse u. frank. Umschl. Rost. Kl. w. nicht angen.

Wir brauchen Leergut, um liefern zu können. Biskirchener Heilquelle Karlssprudel, Bahnhof Stockhausen/Lahn.

Berliner Briefmarken-Auktion vom 29.—31. August 1946. Aukt.-Katalog geg. Berufsangabe. Arnold Ebel, Versteigerer u. Sachverst. für Briefmarken, Berlin-Charlottenburg 9, Oldenburg-Alee 21. Telegramm-Adr.: Markenebel Berlin.

Briefmarken für Wiederverkäufer billigst. Sätze, Einzelmarken usw., 50 verschiedene D.R. RM 4.80. Frz. Zone 3fach Nennw., kaufe ständig Bogenware ab 33, Zonenmarken, Sammlungen. W. Drost, Karlsruhe/Bd., Bahnhofstr. 14.

Briefmarken-Tausch mit franz. Zone, kompl. Sätze, vor allem 1.—, 2.— u. 5.— ges., gebe Nationaltheater Blockpaar, Brückenbauserie sow. fast alle anderen Ausgaben der russischen Zone. Postpreis gegen Postpreis oder auch nach anderen Bedingungen. Erstsendung nur philatelistisch frankiert an W. Juchum (15) Pößneck/Thür., Neustädterstr. 30.

Achtung Imker! Zur Tannentracht in Schwarzwald noch freier, gedeckter Wanderstand für 150 Völker, in bester Lage. Näheres durch W. Kull, Herrenalb, Gaistalstraße 9.

Schicken Sie Ihr Kind in den ENGLISCHEN KINDERGARTEN KARLSRUHE, wo es spielend Englisch lernt. Die Kinder werden abgeholt u. nach Hause gebracht. Anmeldung bis spätestens 25. 8. 46. Auslandsschule Sorg, wissenschaftl. Leitung: Dr. Hörmann, Khe., Beethovenstraße 9. Tel. 3069.

Planfertig. f. Instands. von Wohn- u. Ind.-Geb., stat. Berechn., Baupol. Genehm. u. Mat.-Anweis. beschafft Dipl.-Ing. Bach, Ing.-Büro, Khe., Nebeniusstraße 29.

Wer führt kurzfristig Konstruktionen u. Berechn. d. allgem. Maschinenbaues durch? Mat. kann gestellt werd. Ang. u. 7422 an BNN.

Sattlerei, welche Anfert. von Tasch., kl. Koff. u. dergl. aus Preßpappe in Lohnarb übern., sof. gesucht. Eilangeb. u. 7416 an BNN.

Baptisten-Freunde werden um Adresse gebeten unter 6390 an BNN.

Ingenieurbüro, Sitz Karlsruhe, übernimmt Vertretung u. Auslieferungslag. leistungsfähiger Herstellerfirmen v. Meßwerkzeugen u. Meßgeräten. Evtl. auf eig. Rechnung. Büro u. Lager vorhanden. Angeb. unter Nr. 1982 an Anz.-Büro Trunk, Karlsruhe, Karlstraße 99.

Wer fertigt Schmuck in Gold u. Silber? Material u. Steine werden geliefert. Angebote unter AM 531 an Werbedienst Clar, Heidelberg.

Wir liefern Schmuckwaren jeglicher Art, in echter u. unechter Ausführung. Gestellung von Gold, Silber, Alpacca, Messing, Elektrolytkupfer usw., je nach Art der gewünscht. Artikel erforderlich. Anfrag. unter 7082 an BNN erbeten.

Welcher Bürgermeister ist interessiert, in seinem Bereich eine Schneiderei eröffnen zu lassen. Maschine u. Material vorhand. Off. u. Nr. 2025 an Anz.-Büro Trunk, Khe., Karlstraße 99.

Wein-Sektkellereien! Weinhändler! Umarbeit. v. Korken aller Dim. Zuschriften unter 7272 an BNN.

Rhein. Handelsgesellschaft bietet laufend an: Stahlwaren, Haushalt- u. kunstgewerbl. Artikel, Bau- u. Möbelbeschläge, sucht auf Kompensationsbasis Holz f. Schreinereibetriebe. Angeb. unter Nr. 155 an Ann.-Exped. Eichenauer, W.-Elberfeld, Bismarckstraße 19.

Zugelassene Handelsvertretung übernimmt noch Interessenvertretung von Industrie- und Handelsfirmen für Hessen, Bad. u. Württ. Angeb. unt. 7573 an BNN.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg